

4. Prüfvermerk zur Prüfung der Bilanzposition Verbindlichkeiten

Die überarbeiteten Unterlagen zur Bilanzposition Verbindlichkeiten wurden dem RPA am 21.01.2019 vorgelegt.

Aufgrund der Feststellungen und Hinweise des RPA im Rahmen der Prüfvermerke vom 15.07.2016, 02.03.2018 und 03.01.2019 erfolgten wiederholt Korrekturen des Bilanzansatzes.

Die Bilanzposition in Höhe von nunmehr **52.367.920,31 €** setzt sich aus folgenden Teilbeträgen zusammen:

1. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen gemäß § 41 (4) Satz 2 GemHVO Doppik in Höhe von 32.759.585,20 €
2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit in Höhe von 16.000.000,00 €
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 2.492.620,58 €
4. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen in Höhe von 155.762,44 €
5. Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 959.952,09 €.

Zu 1.)

Die Einteilung der Darlehensverbindlichkeiten in die entsprechenden Restlaufzeiten wurde nochmals korrigiert.

Ebenso wurden auf Hinweis des RPA die KommInvestdarlehen in Höhe von 139.627,30 € bilanziert.

Zum Nachweis der Kredithöhe wurden die Kreditakten geprüft.

Die Bilanzposition wird hiermit bestätigt.

Zu 2.)

Die Bilanzposition wurde bereits mit Vermerk vom 03.01.2019 bestätigt.

Zu 3.)

Als wertbegründende Unterlagen wurden die Sachbuchausdrucke mit den gebildeten Kassenausgaberesten des Haushaltsjahres 2011 vorgelegt. Die Kassenausgabereste wurden korrekt in das Haushaltsjahr 2012 vorgetragen. Zusätzlich wurde die einbehaltene Miete für die Tiefgarage Wallstraße in Höhe von 2.485.800,75 € als Verbindlichkeit bilanziert.

Im Rahmen der antizipativen Rechnungsabgrenzung von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wurden Verbindlichkeiten mit Zahlungsziel im folgenden Haushaltsjahr den sonstigen Verbindlichkeiten zugeordnet. Diese antizipative Rechnungsabgrenzung hat aus Sicht des RPA erstmalig mit dem ersten doppelischen Jahresabschluss zu erfolgen. Da es auf den Bilanzansatz keine Auswirkung entfaltet wird hier von einer Beanstandung abgesehen.

Allen weiteren Feststellungen aus vorherigen Prüfvermerke wurden bei der Überarbeitung der Bilanzposition berücksichtigt.

Die Bilanzposition Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wird hiermit bestätigt.

Zu 4.)

Die Bilanzposition wurde bereits mit Prüfvermerk vom 03.01.2019 bestätigt.

Zu 5.)

Die zum 31.12.2011 gebildeten Kassenausgabereste und Verwahrgeldbestände wurden korrekt überführt. Hierzu lagen dem RPA die Sach- und Verwahrbuchausdrucke aus dem HKR-Verfahren vor.

Es war zu beanstanden, dass seitens der Verwaltung grundsätzlich nicht sichergestellt wurde, alle bis zum Bilanzstichtag erbrachten Lieferungen und Leistungen zu berechnen und als Verbindlichkeiten unabhängig vom Zeitpunkt der Rechnungsstellung und der Fälligkeit einzubuchen.

Durch stichprobenartige Prüfungen wurde festgestellt, dass im Haushaltsjahr 2012 Aufwendungen gebucht wurden, welche verursachungsgemäß das Haushaltsjahr 2011 betreffen und somit als Verbindlichkeit in der Eröffnungsbilanz hätten berücksichtigt werden müssen.

Aufgrund dieser Prüffeststellung wurden nachträglich Zinsaufwendungen in Höhe von 119.302,40 € als sonstige Verbindlichkeiten bilanziert. Weitere Geschäftsvorfälle wurden nicht berücksichtigt.

In der Eröffnungsbilanz wurde eine negative Verbindlichkeit in Höhe von 849 € passiviert. Da es sich um einen Gewerbesteuerumlageerstattungsbetrag handelt, liegt aus Sicht der Verwaltung die Ausnahme zum Saldierungsverbot gemäß §13 Abs. 1 KomHVO vor.

Das Rechnungsprüfungsamt vertritt die Rechtsauffassung, dass die Regelung des § 13 Abs.1 KomHVO nicht berechtigt, das Saldierungsverbot nach § 34 KomHVO außer Acht zu lassen. Posten der Aktivseite dürfen nicht mit Posten der Passivseite verrechnet werden.

Mit dem Verrechnungsverbot will der Ordnungsgeber eine unverkürzte Jahresabschlussinformation sicherstellen. Wäre es gestattet, Forderungen mit Verbindlichkeiten zu verrechnen, hätten die Bilanzadressaten nur einen eingeschränkten Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Da es sich in diesem Fall um einen, im Verhältnis zur Bilanzposition Verbindlichkeit, unwesentlichen Betrag handelt, wird hier von einer weiteren Beanstandung abgesehen.

Gemäß § 47 GmHVO Doppik werden nachweislich nicht zu bilanzierende Haftungsverhältnisse in Höhe von 183.007,23 € ausgewiesen. Diese resultieren aus den zum Bilanzstichtag bestehenden Leasingverträgen. Die Prüfung der Leasingverträge ergab keine Beanstandungen.

Die Bilanzposition Verbindlichkeiten in Höhe von **52.367.920,31 €** wird hiermit bestätigt.



Pennewitz
Amtsleiterin RPA

3. Prüfvermerk zur Bilanzposition Verbindlichkeiten

Dem Rechnungsprüfungsamt wurde mit Datum 03.09.2018 erneut die Bilanzposition Verbindlichkeiten im Rahmen der 2. Stellungnahme zur Prüfung vorgelegt.

Die Position in Höhe von insgesamt 52.052.690,07 € setzt sich aus folgenden Teilbeträgen zusammen:

1. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	32.619.957,90 €
2. Verbindlichkeiten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	16.000.000,00 €
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.232.273,34 €
4. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	155.762,44 €
5. Sonstige Verbindlichkeiten	1.044.696,39 €

nachrichtlich auszuweisende Haftungsverhältnisse

Weiterhin wurden in der Verbindlichkeitenübersicht nachrichtlich Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre speziell Leasingverträge in Höhe von 259.131,78 € ausgewiesen.

Dieser Betrag ist aus Sicht des RPA nicht korrekt ermittelt und nicht mit den in den Folgejahren erfolgten Zahlungen identisch und wäre zu korrigieren.

Eine Prüfung der Verträge und der Abgleich mit den Kassenunterlagen führte bei nachfolgend aufgeführten Leasingverträgen zu folgende Beanstandungen:

Lfd. Nr. 2 Audi AG

Die monatliche Leasingrate beträgt 311,04 €. Im Haushaltsjahr 2012 wurden insgesamt 2.550,52 € gezahlt. Der in der Verbindlichkeitenübersicht ausgewiesene Betrag 2.799,36 € wäre zu korrigieren.

Lfd. Nr. 4 Peugeot Bank

Der Leasingvertrag vom 01.06.2010 weist eine Leasingrate in Höhe von 252,74 € aus. Die in der Verbindlichkeitenübersicht ausgewiesene Leasingrate in Höhe von 262,24 € enthält eine Rate zum Servicevertrag in Höhe von monatlich 9,50 € und wäre hier nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr. 5 BLG Leasing

Wie korrekt angegeben, lief der Vertrag bis zum 08.08.2016. Somit müssten auch die Zahlungen, welche im Haushaltsjahr 2016 zu zahlen waren in Höhe von 2.607,29 € mit ausgewiesen werden.

Lfd. Nr. 6 Canon

Der mit der Fa. BFL Leasing GmbH abgeschlossene Leasingvertrag vom 26.11.2010 enthält eine vereinbarte Leasingrate in Höhe von netto 4.030 €. Somit waren brutto 4.795,70 € zu zahlen gewesen. Zusätzlich wurde am 31.10.2011 eine Vertragsaufstockung in Höhe von 107,10 € für das Leasen eines zusätzlichen Scanners vorgenommen. Diese Beträge lassen sich auch im HKR- Programm nachvollziehen. Der Hauptvertrag vom 26.11.2010 enthält eine monatliche Service- und Wartungsgebühr in Höhe von 199,30 €. (Dies ist den

Kassenunterlagen des Haushaltsjahres 2013 zu entnehmen, mit Datum vom 27.02.2013 erfolgte eine Umbuchung vom Produkt 11.1.101.00/ SK 523150/ USK 00000.53150/ HÜL-Nr. 3.000001.4 der auf das Produkt 11.1.504.00/ SK 529150/ USK 06000.5800 in Höhe der Wartungsgebühr) Ab Bilanzstichtag bis zur Kündigung des Vertrages zum 31.10.2013 wurden entsprechend den Buchungen im HKR-Programm an die Firma BFL Leasing GmbH insgesamt 103.477 € an Leasingraten gezahlt. (s. Anlage Auszahlungsanordnungen)

Der handschriftlich in den Vertragsunterlagen vermerkte Leasingratenbetrag von monatlich 8.199,10 € kann seitens des RPA nicht bestätigt werden. Sollten die Verwaltung hier noch zusätzliche Kenntnisse haben, wären diese zu erläutern. Ein Abgleich mit den Kassenunterlagen bestätigt eine monatliche Leasingrate in Höhe von 4.703,50 € bzw. einen nachrichtlich auszuweisenden Betrag in Höhe von 103.477 €.

Im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz sind die zins- und tilgungsfreien KommInvest Darlehen hinsichtlich einer Bilanzierungsnotwendigkeit einer Prüfung zu unterziehen. Die Jahresrechnung 2011 weist zum Stichtag 31.12.2011 nachrichtlich einen Bestand in Höhe von 139.627,30 € aus. Mit Schreiben des MI LSA vom 13.01.2009 werden Hinweise zur bilanziellen Darstellung in der Eröffnungsbilanz bzw. zur Notwendigkeit der Darstellung im Anhang gem. § 47 GemHVO Doppik gegeben. Es wird um Stellungnahme zu dieser Problematik gebeten.

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen gem. § 41 Abs. 4 Satz 2 GemHVO Doppik

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen betragen zum Bilanzstichtag 31.12.2011 32.619.957,90 €. Dieser Betrag wurde seitens des RPA bisher nicht beanstandet. Zum Zwecke einer Überprüfung der Einteilung der Tilgungsverbindlichkeiten in die entsprechenden Restlaufzeiten wurden seitens des RPA fehlende Unterlagen abgefordert. Mit Datum vom 18.12.2018 wurde dem RPA die abgeforderten Tilgungspläne einzelner Darlehensverträge übergeben. Eine erneute Überprüfung führt nun zu folgenden Beanstandungen:

Lfd. Nr. 2 Darlehensvertrag 0-18

Der in den Unterlagen ursprünglich vorhandene Tilgungsplan endet zum 15.05.2012. Eine Überprüfung der Einteilung in die entsprechenden Restlaufzeiten ist somit nicht möglich gewesen. Aufgrund dessen hat das RPA ergänzende Unterlagen von der Verwaltung abgefordert. Der am 18.12.201 vorgelegte Tilgungsplan weist eine abweichende Restschuld zum 31.12.2011 aus. Eine Bestätigung der bilanzierten Beträge kann somit nicht erfolgen.

Lfd. Nr. 3 Darlehensvertrag 0-06

Auch hier endete der in den Bewertungsunterlagen enthaltene Tilgungsplan zum 30.12.2012. Der am 18.12.2018 vorgelegte Tilgungsplan stimmt ebenfalls nicht mit den Beträgen der Verbindlichkeitenübersicht überein, so dass eine Bestätigung hier ebenfalls nicht erfolgen kann.

Lfd. Nr. 13 Darlehensvertrag 0-25

Die Einteilung der Tilgungsbeträge in die Laufzeiten mehr als 1 bis 5 Jahre und mehr als 5 Jahre ist fehlerhaft und sollte nochmals korrigiert werden.

Lfd. Nr. 30 Darlehensvertrag 5-19

Auch hier weichen die Beträge in der Verbindlichkeitenübersicht bei den Laufzeiten mehr als 1 bis 5 Jahre und mehr als 5 Jahre vom Tilgungsplan ab. Es wird eine Überprüfung und Korrektur empfohlen.

Verbindlichkeiten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

Dem Hinweis des RPA im 2. Prüfvermerk wurde gefolgt. Die Bilanzposition wird somit bestätigt.

Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Da es sich bei den vorgelegten Leasingverträgen um nicht zu bilanzierende Sachverhalte handelt, werden sie als nachrichtlich auszuweisende Haftungsverhältnisse ausgewiesen.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Der Wert der Bilanzposition wurde im Rahmen der 2. Stellungnahme der Verwaltung von 190.661,34 € auf 2.232.273,34€ korrigiert.

Die Veränderung resultiert;

1. bestandsmindernd in Höhe von 183.841,45 € aus der Zuordnung der abzugrenzenden antizipativen Passivposten zu den sonstigen Verbindlichkeiten.
2. bestandserhöhend aus der Bilanzierung einer in Höhe von 453,51 € ausgewiesenen Verbindlichkeit aus der Abrechnung der treuhänderischen Wohnungsverwaltung des Wohnobjektes Leninstraße 3 in Baasdorf durch die WGK mbH.
3. und aus der Bilanzierung der rückständigen Miete Tiefgarage Wallstraße in Höhe der Vergleichsabsichten gem. Stadtratsbeschluss vom 16.10.2014 in Höhe von 2.225.000 € und den dazugehörigen Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 374.348,45 €.

Zu 1.)

Hier wurde dem Hinweis des RPA im 2. Prüfvermerk gefolgt.

Da zwischenzeitlich das RPA über einen neuen Kenntnisstand verfügt, wird die bisherige Auffassung revidiert. Die Zuordnung der antizipativen Passivposten zu den sonstigen Verbindlichkeiten hat erst im Rahmen des ersten doppelten Jahresabschlusses zu erfolgen und gilt nicht für die Eröffnungsbilanz.

Zu 2.)

Hier wird auf die Ausführungen im Prüfvermerk zur Bilanzposition liquide Mittel vom 29.10.2018 und auf das Rundschreiben des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt vom 07.12.2017 Bezug genommen. Danach sind Bestände der Treuhandkonten je nach Abrechnungsstand als sonstige Verbindlichkeit oder sonstiger Vermögensgegenstand zu bilanzieren. Eine Verbindlichkeit, welche sich aus der treuhänderischen Verwaltung des Treuhänders gegenüber einem Dritten ergibt, ist aus Sicht des RPA dagegen nicht zu bilanzieren.

Zu 3.)

Die Bilanzierung des Mietrückstandes aus der Anmietung Tiefgarage Wallstraße für die Jahre 2008 bis 2011 als Verbindlichkeit aus Lieferungen und Leistungen ist sachgerecht. Bezüglich der Höhe und der Zuordnung der dazu gehörigen Mehrwertsteuer zu den sonstigen Verbindlichkeiten kann eine Bestätigung nicht erfolgen.

Der einbehaltene Mietrückstand incl. Mehrwertsteuer betrug zum 31.12.2011 2.485.800,89 €. Aus Sicht des RPA wäre dieser Betrag als Verbindlichkeit aus Lieferung und Leistung in der Eröffnungsbilanz zu berücksichtigen.

Die in den späteren Jahren stattgefundenen Vergleichsverhandlungen sind nicht als wertaufhellende Tatsachen zu werten. Bei den Vergleichsverhandlungen handelt es sich nach Meinung des RPA um wertverändernde Umstände, welche nach dem Bilanzstichtag

eingetreten sind und dürften somit keine Auswirkungen auf die Bilanzansätze haben. Außerdem wurde bei der Ermittlung der Vergleichssumme nicht nur der Zeitraum bis zum 31.12.2011 sondern der gesamte Zeitraum gewürdigt. Die Passivierung einer Verbindlichkeit zum 01.01.2012 hat dagegen nur den Zeitraum bis zum Bilanzstichtag zu berücksichtigen. Weiterhin ist zu beanstanden, dass zum einen, nicht wie in der Stellungnahme erläutert, die Mehrwertsteuer in Höhe von 422.750,00 € sondern nur in Höhe von 374.348,45 € angesetzt wurde und zum anderen diese als sonstige Verbindlichkeit ausgewiesen wird. (siehe Pfeiffer/ Wiener, Kommunale Buchführung Sachsen-Anhalt, Seite 176)

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Den Hinweisen des RPA wurde gefolgt.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten werden in Höhe von 1.044.696,39 € passiviert. Eine Summierung der einzelnen Positionen anhand der Unterlagen ergibt einen Betrag von 1.214.998,14 €. Da es sich hier um einen Rechenfehler handeln muss, sind die Unterlagen und die Bilanzposition entsprechend zu korrigieren. Bezüglich der antizipativen Passivposten wird auf die vorangegangenen Ausführungen zu den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verwiesen.

Dem Hinweis des RPA zur Unzulässigkeit der Passivierung einer negativen Verbindlichkeit wurde nicht gefolgt. Die hier von der Verwaltung vorgenommenen Erläuterungen unter Bezugnahme des Erlasses des MI zur wirtschaftlichen Zurechnung und Buchung von Rückzahlungen von Abgaben, abgabenähnlichen Erträgen und allgemeinen Finanzzuweisungen sowie geleisteten Umlagen betrifft die buchhalterische unterjährige Darstellung solcher Erträge und Einzahlungen und ist nicht auf die Darstellung des Anspruches in der Bilanz anzuwenden.

Gemäß 5.21 der Richtlinie zur Bewertung des kommunalen Vermögens und der kommunalen Verbindlichkeiten sind die Verbindlichkeiten durch Erfassung aller zum Bilanzstichtag bestehenden Verpflichtungen zu ermitteln. Bei der negativen Verbindlichkeit in Höhe von 849,00 € handelt es sich nicht um eine Verpflichtung sondern um eine Forderung gegenüber dem statistischen Landesamt. Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 34 Absatz 3 GemHVO Doppik Posten der Aktivseite nicht mit Posten der Passivseite verrechnet werden dürfen. Die Beanstandung der Bilanzierung eines Anspruches als Verbindlichkeit wird weiterhin aufrechterhalten.

An dieser Stelle wird auch auf die Überleitungsvorschriften Bekanntmachung MI vom 08.11.2006 Punkt 2.6.2 hingewiesen.

Ebenso kann die Zuordnung aller sonstigen Verbindlichkeiten zu den Restlaufzeiten bis zu einem Jahr nicht bestätigt werden. Die Bilanzposition enthält u.a. Verbindlichkeiten aus Gewährleistungs- bzw. Sicherungseinbehalten aus verschiedenen Jahren. Sicherheitseinbehalte dienen der Sicherstellung vertragsmäßiger Leistungen und Mängelansprüchen aus einem Vertrag und haben in der Regel eine mehrjährige Laufzeit.

Die Zuordnung dieser Verbindlichkeiten der Laufzeit bis zu 1 Jahr wäre zu überarbeiten. Dem Hinweis des RPA im Rahmen vorangegangener Prüfvermerke wurde somit nicht gefolgt.

Die Ausführungen in der 2. Stellungnahme zu der Problematik der periodengerechten Zuordnung von Zinsleistungen können vom RPA nicht geteilt werden.

Als grundlegendes Zurechnungsprinzip zum Zwecke der Periodisierung ist das Verursachungsprinzip und nicht, wie in der Kameralistik das Fälligkeitsprinzip heranzuziehen. Danach sind Aufwendungen in der jeweiligen Periode zu erfassen, in der sie wirtschaftlich verursacht worden sind. Auf die Fälligkeit kommt es dabei nicht an.

Der Verursachungszeitraum eines dekursiven Zinsaufwandes mit Fälligkeit 31.01. ist bei einer vierteljährlichen Zahlungsleistung der Zeitraum 01.11. bis 31.01. Der Zinsaufwand für den Zeitraum 01.11. bis 31.12. ist dem abgelaufenen Haushaltsjahr zuzuordnen und somit als Verbindlichkeit in der Eröffnungsbilanz zu bilanzieren. Gleichzeitig wäre das Haushaltsjahr 2012 um diesen Aufwand zu entlasten. Der Auffassung der Verwaltung kann zu dieser Problematik dementsprechend nicht gefolgt werden. (siehe auch Schmid, Reich, Schmid, Trommer Kommunalverfassung LSA, Kommentar zu § 108, Randnummer 71)

Aufgrund der Prüffeststellungen ist eine Überarbeitung der Bilanzposition erforderlich.



Pennewitz

Stadt Köthen (Anhalt)

Auszahlungsanordnung

Haushaltsjahr 2012

Belegnummer: 1699
Debitor / Kreditor: 360487
Zahlungsempfänger: BFL Leasing GmbH
Postfach 5380
65728 Eschborn

Produkt: 11.1.301.00
SK / SKFR: 523150 / 723150
Untersachkonto: 03300.53150
Sachbuchnummer: 2.000001.6
BS / ZA / BA: 01 / 10 / 1
Buchungsdatum: 10.01.2012

Anordnungsbetrag:

Bankverbindung:

Betrag in EUR *****1.285,20

Institut: DZ BANK
BLZ / BIC: 500 604 00
Kto-Nr. / IBAN: 20394

fällig: siehe Anlage

Zahlgrund:

Mitteilung an Zahlungsempfänger:

Re. 8178868 v. 31.10.11
Leasing Vertrag Nr.: 8151660

Re. 8178868 v. 31.10.11
Leasing Vertrag Nr.: 8151660

Zahlungsverkehr abwickeln und Bücher führen Sonstige Miet/Pachtaufwendungen Sonstige Mieten/Pachten Stadtkasse

Verfügungsberechtigt: 10
Budgetnummer: 02

Kostenstelle: 88070.001 Kostenträger: 11.1.301.00
Kostenart: 52315.000 Maßnahme:
Termin: 01.2012 Menge: 0,00

Benutzername: sobotta

Beleghinweis:

Personenkonto:

Besondere Vermerke:

Die Stadtkasse wird angewiesen,
vorstehende Anordnung wie angegeben
auszuführen. Die Mittel stehen
haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Köthen(Anhalt)

Sachlich und rechnerisch richtig

Der Oberbürgermeister
i.A.

10. Jan. 2012

Datum / Unterschrift

10. Jan. 2012

Datum / Unterschrift

RPA-Prüfvermerk

gesehen

13. Jan. 2012

Eingangsvermerke der Stadtkasse:

Erläuterungsvermerk

Ist erfasst:

17. JAN 2012

Stadt Köthen (Anhalt)

Auszahlungsanordnung

Anlage 1

Belegnummer: **1699**
Debitor / Kreditor: **360487**
Zahlungsempfänger: BFL Leasing GmbH
Postfach 5380
65728 Eschborn

Produkt: **11.1.301.00**
SK / SKFR: **523150 / 723150**
Untersachkonto: **03300.53150**
Sachbuchnummer: **2.000001.6**
BS / ZA / BA: **01 / 10 / 1**
Buchungsdatum: **10.01.2012**

Ratenaufteilung:	Fälligkeitsdatum	Betrag
	13.01.2012	321,30
	01.04.2012	321,30
	01.07.2012	321,30
	01.10.2012	321,30

30. März 2012
28. Juni 2012
28. Sept 2012

2272

Monja Keppner

☎ 06196/99-5444

 06196/9949.5444

Stadt Köthen
Marktstr. 1-3
06366 Köthen

31. Oktober 2011
D5200707/0604360

Vertragsaufstockung-Nr. (Rechnungs-Nr.): 8178868
Leasing-Vertrag Nr.: 8151660
Objekt: Scanner Canon DR-3010C inkl. Zubehör

Handed house

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die von Ihnen unterzeichnete Vertragsaufstockung.

Beigefügt übersenden wir Ihnen eine Durchschrift der Vertragsaufstockung, welche zusammen mit dem oben genannten Leasing-Vertrag die vollständigen Vertragsbedingungen enthält. Ihren Lieferpartner haben wir entsprechend informiert.

Die nachstehend aufgeführten monatlichen Beträge werden vorschüssig vierteljährlich fällig.

ab	Nettobetrag	19,0 %	Bruttobetrag
01.10.2011	90,00 EUR	17,10 EUR	107,10 EUR

Diese Mitteilung erfüllt für den Leistungszeitraum in Verbindung mit dem Leasingvertrag und den gemäß Ratenplan erstellten Lastschrift-/ Zahlungsbelegen die Voraussetzungen einer Rechnung (=Dauerrechnung) im Sinne des § 14 UStG. Die Unterlagen sind zum Nachweis der Vorsteuerabzugsberechtigung innerhalb der gesetzlichen Fristen aufzubewahren.

Die aufgeführten Beträge überweisen Sie bitte auf das genannte Bankkonto.

Wenn Sie es wünschen, erledigen wir gerne das Inkasso für Sie. Schicken Sie uns einfach die beiliegende Bankeinzugsermächtigung ausgefüllt – und rechtsverbindlich unterzeichnet – zurück.

Über den Abschluss des Vertrages freuen wir uns und stehen Ihnen als kompetenter Finanzierungspartner auch für weitere Investitionsvorhaben gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

BFL Leasing GmbH

Keppner

Anlage

Stadt Köthen (Anhalt)

Auszahlungsanordnung

Haushaltsjahr 2012

Belegnummer: 1700
Debitor / Kreditor: 360487
Zahlungsempfänger: BFL Leasing GmbH
Postfach 5380
65728 Eschborn

Produkt: 11.1.101.00
SK / SKFR: 523150 / 723150
Untersachkonto: 00003.53150
Sachbuchnummer: 2.000001.5
BS / ZA / BA: 01 / 10 / 1
Buchungsdatum: 10.01.2012

Anordnungsbetrag:

Betrag in EUR *****57.548,40

Bankverbindung:

Institut: DZ BANK
BLZ / BIC: 500 604 00
Kto-Nr. / IBAN: 20394

fällig: siehe Anlage

Zahlgrund:

Kd.Nr. 0604360
Leasing-Vertrag Nr. 8151660

Mitteilung an Zahlungsempfänger:

Kd.Nr. 0604360
Leasing-Vertrag Nr. 8151660

Verwaltung steuern, Kontrakte vereinbaren, Öffentlichkeitsarbeit sichern

Sonstige Miet/Pachtaufwendungen

Sonstige Mieten/Pachten Oberste Gemeindeorgane

Verfügungsberechtigt: 10
Budgetnummer: 03

Kostenstelle: 88010.009 Kostenträger: 11.1.101.00
Kostenart: 52315.000 Maßnahme:
Termin: 01.2012 Menge: 0,00

Benutzername: sobotta

Beleghinweis:

Personenkonto:

Besondere Vermerke:

Die Stadtkasse wird angewiesen,
vorstehende Anordnung wie angegeben
auszuführen. Die Mittel stehen
haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Köthen(Anhalt)

Der Oberbürgermeister
i.A.

Sachlich und rechnerisch richtig

10. Jan. 2012

Datum / Unterschrift

RPA-Prüfvermerk

16. Jan. 2012

gesehen

[Handwritten signature]

Eingangsvermerke der Stadtkasse:

Ist erfasst:

Erledigungsvermerk

10. JAN. 2012

Stadt Köthen (Anhalt)

Auszahlungsanordnung

Anlage 1

Belegnummer: 1700
Debitor / Kreditor: 360487
Zahlungsempfänger: BFL Leasing GmbH
Postfach 5380
65728 Eschborn

Produkt: 11.1.101.00
SK / SKFR: 523150 / 723150
Untersachkonto: 00003.53150
Sachbuchnummer: 2.000001.5
BS / ZA / BA: 01 / 10 / 1
Buchungsdatum: 10.01.2012

Ratenaufteilung:	Fälligkeitsdatum	Betrag
	01.01.2012	4.795,70
	01.02.2012	4.795,70
	01.03.2012	4.795,70
	01.04.2012	4.795,70
	01.05.2012	4.795,70
	01.06.2012	4.795,70
	01.07.2012	4.795,70
	01.08.2012	4.795,70
	01.09.2012	4.795,70
	01.10.2012	4.795,70
	01.11.2012	4.795,70
	01.12.2012	4.795,70

10. JAN. 2012
31. Jan. 2012
29. Feb. 2012
30. März 2012
27. April 2012
31. Mai 2012
28. Juni 2012
31. Juli 2012
30. Aug. 2012
30. Okt. 2012

Canon Deutschland GmbH
 Canon Business Center Region Leipzig
 Wittgenstr. 2 04317 Leipzig
 Tel.: 0341/8990-300 Fax: 0341/8990-308

BFL Leasing GmbH (als Vermieter/LG)

POSTSTELLE
000158 31.01.11
EINGANG

Canon

Leasingvertrag

kündbar mit Laufzeitverkürzung - Antrag des Kunden -

Vertrags - Nr.: 8151680

KUNDE

Firma/Name Stadt Köthen
 Straße, Nr. Marktstr. 1-3
 PLZ/Ort 06368 Köthen
 Telefon Nr.

Telefax Nr.

LIEFERANT

Firma/Name Canon Deutschland GmbH
 CBC Region Leipzig
 Straße, Nr. Europark Fichtenhain A 10
 PLZ/Ort 47807 Krefeld
 Telefon Nr. 0341/9950300

Telefax Nr. 995030/8

OBJEKT

Bezeichnung Kopiergerät/MFG (color) Canon,
 Mercury Cede div. Kopier-, Druck- u. Faxtechnik
 Soweit nachfolgend keine abweichende Angabe erfolgt, wird als Standort des Objektes die oben genannte Anschrift des Kunden vereinbart.

verauss. Liefertermin 20.12.2010

Betriebsgeräthliche Nutzungsdauer gemäß amtlicher AIA-Tabelle 84 Monate.

KONDITIONEN

Kalkulierte Laufzeit	34 Monate
Monatliche Rate	EUR zzgl. USt.
Monatliche Objektversicherung	4.030,00
Einmalige Bearbeitungsgebühr	In der mtl. Rate enthalten
Einmalige Bearbeitungsgebühr nicht laufzeitabhängig, fällt mit der ersten Rate	entfällt

Der Vertrag ist erstmals zum Ende der kalkulierten Laufzeit mit sechsmonatiger Frist ordentlich kündbar. Der Vertrag verlängert sich um jeweils sechs Monate, wenn er nicht gekündigt wird. Die Kündigungsfrist für diese und alle anderen Kündigungen beträgt sechs Monate. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Vor Ablauf der kalkulierten Laufzeit kann die Laufzeit nur einvernehmlich verkürzt werden. Weitere Einzelheiten siehe AGB.

Die vereinbarte monatliche Rate ist monatlich im Voraus fällig.

BANKEINZUG

Der Kunde ermächtigt die LG, für die Laufzeit des Vertrages die zu entrichtenden Raten und alle sonstigen nach dem Vertrag geschuldeten Leistungen bei Fälligkeit im Lastschriftverfahren zu Lasten des nachstehenden Kontos einzuziehen. Diese Ermächtigung erstreckt sich auch auf einen Forderungseinzug durch einen Dritten, an den die Forderungen zu Refinanzierungszwecken abgetreten sind oder durch einen von diesem beauftragten Dritten.

Kontoinhaber

Bank

Konto - Nr.

Rechnungslegung

BLZ

VERSICHERUNG

Versicherung durch die LG gem. Zusatzvereinbarung

Ja ☒ Nein ☐

Der Versicherungsanspruch entsteht mit Abschluss einer Zusatzvereinbarung, die die Einzelheiten des Versicherungsschutzes regelt.

VERANLASSUNG DER GESCHÄFTSBEZIEHUNG

Der Vertragspartner erklärt mit seiner Unterschrift, dass er im eigenen wirtschaftlichen Interesse und nicht auf fremde Veranlassung (insbesondere nicht als Treuhänder) handelt.

VLIV_01F_BFL_160002_160002PW0ACK

Kunde über mit Lastzeitverkürzung - Antrag des Kunden -

Vertrags - Nr.: 8161680

WIRTSCHAFTLICH BERECHTIGTE

- ☒ Die folgenden Angaben zur Ermittlung des/ der wirtschaftlich Berechtigten gemäß Geldwäschegesetz (GwG) entfallen,
weil:

- der Vertragspartner ein Kredit- oder Finanzinstitut ist,
- oder
- der Vertragspartner an einem organisierten Markt börsennotiert ist,
- oder
- der Vertragspartner eine Behörde ist,
- oder
- der Mitarbeiter der Volksbanken Raiffeisenbanken, des LfL, ist.

Für den Vertragspartner sind im Folgenden die/ der wirtschaftlich Berechtigten gemäß §1 Abs. 6 GwG zu benennen:
(Wirtschaftlich Berechtigte = Natürliche Personen, denen 25 % oder mehr der Kapital- oder Stimmrechtsanteile an dem Vertragspartner zustehen oder die auf sonstige Weise den Vertragspartner kontrollieren).

1. _____
Vollständiger Name
2. _____
Vollständiger Name
3. _____
Vollständiger Name
4. _____
Vollständiger Name

- ☐ Die oben genannten Beteiligungsgrenzen werden nicht überschritten und es besteht keine sonstige Kontrolle durch eine natürliche Person. Ein wirtschaftlich Berechtigter im Sinne des GwG existiert daher nicht.

Der Kunde beauftragt bei der Leasinggesellschaft, zu den vorstehenden und nachfolgenden Bedingungen, den Abschluss eines Vertrages über das genannte Objekt. Er hält sich an seinen Antrag bis 1 Monat nach dessen Eingang bei der Leasinggesellschaft gebunden. Der Kunde bestätigt durch seine Unterschrift, eine Durchschrift dieses Vertrages (Seite 1 bis 4) erhalten zu haben, ist der Kunde eine natürliche Person erklärt er mit seiner Unterschrift ebenfalls, dass er keine rechtlich exponierte Person mit Wohnsitz im Ausland im Sinne des Geldwäschegesetzes ist.

Köthen, 26.11.20

Orig. Datum

Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift des Kunden
Markstraße 1-3
PSF 12 59
06352 Köthen/Anh.

Interner Bestätigungsvermerk (auszufüllen vom Mitarbeiter der LG/Vertriebspartner/ Mitarbeiter Bank)

- Die Identifikation und Verifikation des Kunden wurde
- ☐ anhand des beigefügten Handelsregistratorauszuges*
- ☐ anhand des/ der beigefügten*

durchgeführt. Die Feststellung des/ der wirtschaftlich Berechtigten wurde vorgenommen.

Name, Vorname Mitarbeiter der LG/Vertriebspartner/ Mitarbeiter Bank (in Klarschrift)

Orig. Return

Unterschrift Mitarbeiter der LG/ Vertriebspartner/ Mitarbeiter Bank (inkl. Stempel)

***Für Mitarbeiter der Volksbanken Raiffeisenbanken gilt: Die Dokumentationsunterlagen verbleiben in der Bank.**

Vertrag-Nr. BK 1000 / 12

Stadt Köthen (Anhalt)

Auszahlungsanordnung



Haushaltsjahr 2013

Belegnummer: 80
Debitor / Kreditor: 360487
Zahlungsempfänger: BFL Leasing GmbH
Postfach 5380
65728 Eschborn

Produkt: 11.1.101.00
SK / SKFR: 523150 / 723150
Untersachkonto: 00000.53150
Sachbuchnummer: 3.000001.4
BS / ZA / BA: 01 / 18 / 1
Buchungsdatum: 18.12.2012

Anordnungsbetrag

Betrag in EUR *****57.548,40

Bankverbindung

Institut: DZ BANK
BLZ / BIC: 500 604 00
Kto-Nr / IBAN: 20394

fällig: siehe Anlage

Zahlgrund

Kd.Nr. 0604360
Leasing Vertrag Nr. 8151660
(Multifunktionsgeräte gesamte Verwaltung)

Mitteilung an Zahlungsempfänger

Kd.Nr. 0604360
Leasing Vertrag Nr. 8151660

Verwaltung steuern, Kontrakte vereinbaren, Öffentlichkeitsarbeit sichern
Sonstige Miet/Pachtaufwendungen
Sonstige Mieten/Pachten Oberste Gemeindeorgane

Verfügungsberechtigt: 10
Budgetnummer: 01

Kostenstelle: 88010.009
Kostenart: 52315.000
Termin: 01.2013

Kostenträger: 11.1.101.00
Maßnahme:
Menge: 0,00

Beleghinweis:

Benutzername: sobotta

Personenkonto

Archiv: 1247215

Besondere Vermerke:

Die Stadtkasse wird angewiesen,
vorstehende Anordnung wie angegeben
auszuführen. Die Mittel stehen
haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Sachlich und rechnerisch richtig

Köthen(Anhalt)

Der Oberbürgermeister
i.A.

18.12.12
Datum / Unterschrift

18.12.12
Datum / Unterschrift

RPA-Prüfvermerk

Eingangsvermerke der Stadtkasse:

Erledigungsvermerk

Ist erfasst:

Stadt Köthen (Anhalt)

Auszahlungsanordnung

Anlage 1

Belegnummer: 80
Debitor / Kreditoren: 360487
Zahlungsempfänger: BFL Leasing GmbH
Postfach 5380
65728 Eschborn

Produkt: 11.1.101.00
SK / SKFR: 523150 / 723150
Untersachkonto: 00000.53150
Sachbuchnummer 3.000001.4
BS / ZA / BA 01 / 18 / 1
Buchungsdatum 18.12.2012

Ratenaufteilung	Fälligkeitsdatum	Betrag
	01.01.2013	4.795,70
	01.02.2013	4.795,70
	01.03.2013	4.795,70
	01.04.2013	4.795,70
	01.05.2013	4.795,70
	01.06.2013	4.795,70
	01.07.2013	4.795,70
	01.08.2013	4.795,70
	01.09.2013	4.795,70
	01.10.2013	4.795,70
	01.11.2013	4.795,70
	01.12.2013	4.795,70

POSTSTELLE
000158 31.01.11
EINGANG

- K -

kündbar mit Laufzeitverkürzung - Antrag des Kunden -

KUNDE

Firma/Name	Stadt Kotten	
Straße, Nr.	Marktstr. 1-3	
PLZ/Ort	06368 Kotten	
Telefon Nr.		Telefax Nr.

LIEFERANT

Firma/Name	Canon Deutschland GmbH		
	CBC Region Leipzig		
Straße, Nr.	Europark Fichtenhain A 10		
PLZ/Ort	47807 Krefeld		
Telefon Nr.	0341/9950300	Telex Nr.	995030/S

OBJEKT

Bezeichnung	Kopiergerät/MFG (color) Canon,
Mercury Code	div. Kopier-, Druck- u. Faxtechnik
	Soweit nachfolgend keine abweichende Angabe erfolgt, wird als Standort des Objektes die oben genannte Anschrift des Kunden vereinbart.

verreut, Liefertermin **20.12.2010**
 Betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer gemäß amtlicher AfA-Tabelle **84 Monate**.

KONDITIONEN

Stichtagsterm Leasingzeit	34 Monate
	EUR zzgl. USt
Monatliche Rate	4.030,00
Monatliche Objektversicherung	In der mtl. Rate enthalten
Einmalige Bearbeitungsgebühr nicht buchhalterisch, fällt mit der ersten Rate	entfällt

Der Vertrag ist erstmals zum Ende der initialen Laufzeit mit sechsmonatiger Frist ordentlich kündbar. Der Vertrag verlängert sich um jeweils sechs Monate, wenn er nicht gekündigt wird. Die Kündigungsfrist für diese und alle anderen Kündigungen beträgt sechs Monate. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Vor Ablauf der initialen Laufzeit kann die Laufzeit nur einvernehmlich verlängert werden. Weitere Einzelheiten siehe AGB.

Die vereinbarte monatliche Rate ist monatlich im Voraus fällig.

BANKEINZUG

Der Kunde verpflichtet die LG, für die Leistung des Vertrages die zu entrichtenden Raten und alle sonstigen nach dem Vertrag geschuldeten Leistungen bei Fälligkeit im Laststellungsverfahren zu leisten das bestehende Kündes einzuweisen. Diese Einweisungspflicht umfasst sich auch auf einen Fortsetzungsbau durch einen Dritten, an den die Forderungen zu Realisationsverfahren übertragen sind oder durch einen von diesem beauftragten Dritten.

Kontokorrent	Rechnungslegung	
Bank		
Konto - Nr.		BLZ

VERSICHERUNG

1.3.3. Versicherung durch die LG gem. Zusatzversicherung Ja ☒ Nein ☐
 Der Versicherungsnehmer erfüllt die Abnahme einer Zusatzversicherung, da die Einzelheiten des Versicherungsschutzes regelt.

VERANLASSUNG DER GESCHÄFTSBEZIEHUNG

Der Vertragspartner erklärt mit seiner Unterschrift, dass er in eigenen wirtschaftlichen Interesse und nicht auf fernde Veranlassung (Sonderauftrag) handelt.

Leasingvertrag

Kinder mit Laststellverletzung - Antrag des Kunden -

Vertrags - Nr.: 816160

WIRTSCHAFTLICH BERECHTIGTE

- ☒ Die folgenden Angaben zur Ermittlung des/der wirtschaftlich Berechtigten gemäß Geldwäschegesetz (GwG) entfallen, weil:
- der Vertragspartner ein Kredit- oder Finanzinstitut ist,
oder
 - der Vertragspartner an einem organisierten Markt börsennotiert ist,
oder
 - der Vertragspartner eine Behörde ist,
oder
 - der Mitarbeiter der Volkswirtschaftlichen Prüfungsstellen den/ die wirtschaftlich Berechtigten ermittelt hat.
- Für den Vertragspartner sind im Rahmen der Ermittlung des/der wirtschaftlich Berechtigten keine weiteren Angaben erforderlich.

Für den Vertragspartner sind im Folgenden die/ der wirtschaftlich Berechtigten(n) gemäß §1 Abs. 6 OWG zu benennen:
(Wirtschaftlich Berechtigte = natürliche Personen, denen 25 % oder mehr der Kapital- oder Stimmrechtsanteile an dem Vertragspartner zustehen oder die auf sonstige Weise den Vertragspartner kontrollieren).

- 1.** _____
Vollständiger Name
- 2.** _____
Vollständiger Name
- 3.** _____
Vollständiger Name
- 4.** _____
Vollständiger Name

- ☐ Die oben genannten Schädigungsgrenzen wurden nicht überschritten und es besteht keine sonstige Kontrolle durch eine natürliche Person. Ein wirtschaftlich Berechtigter im Sinne des OVG existiert daher nicht.

Der Kunde bestätigt bei der Leasinggesellschaft, zu den vereinbarten und nachstehenden Bedingungen, den Abschluss eines Vertrages über das gesamte Objekt. Er hält sich an seinen Antrag bis 1 Monat nach dessen Erbringung bei der Leasinggesellschaft gebunden. Der Kunde bestätigt durch seine Unterschrift, eine Durchschrift dieses Vertrages (Blatt 1 bis 4) erhalten zu haben. Ist der Kunde eine natürliche Person, erklärt er mit seiner Unterschrift ebenfalls, dass er keine politisch exponierte Person mit Wohnsitz im Ausland im Sinne des Geldwäschegesetzes ist.

Köthen, 26.11.20

QIL DASHURN

Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift
 (absparten/ Mitarbeiter Bank) PSF 12 50
 06352 Köthen/Anh.

Interner Bestimmungsvormerk (auszufüllen vom Mitarbeiter der LG/Vertriebspartner/ Mitarbeiter Bank)

Die Identifikation und Verifikation des Kunden wurde

- ☐ anhand des beigefügten Handelsregisterauszuges*
- ☐ anhand der/ der beigefügten*

abgegeben. Die Feststellung des/der wirtschaftlich Berechtigten wurde vorgenommen.

Name, Vorname Mitarbeiter der LG/Vertriebspartner/ Mitarbeiter Bank (in Karschfeld)

Q. Date:

Unterschrift Mitarbeiter der LG/ Vertriebspartner/ Mitarbeiter Bank (inkl. Stempel)

***Für Mitarbeiter der Volksbanken Raiffeisenbanken gilt: Die Dokumentationsunterlagen verbleiben in der Bank.**

HH-Planentwurf 2013

verwaltungsintern

Ifd. Nr.: 43

Budget

01

SK

529150

USK

06000.58000

Produkt

11.1.504.00

Folgeside

Bezeichnung USK

Softwarewartung, Programmemeuerungen und -änderungen

Sachdarstellung:

Derzeit bezieht die Stadt Köthen (Anhalt) die Kopier-, Druck- und Faxtechnik, inklusive der hierfür erforderlichen Software von der Firma Canon Deutschland. Der Gerätepool beläuft sich momentan auf einen Bestand von 80 Geräten. Der Stadt Köthen (Anhalt) entstehen dadurch jährlich Kosten i.H.v. ca. 98.389,20 € brutto. Dieser Vertrag läuft nun am 30.11.2013 aus. Um mit Auslaufen des Vertrages einen reibungslosen Übergang für die Nutzung der Druck- und Kopiertechnik zu gewährleisten, wurde entschieden, sämtliche Geräte aus dem Leasingvertrag inklusive der Software käuflich zu erwerben und den Servicevertrag bis zum 31.12.2015 aufrechtzuerhalten. Diese Geräte müssten dann bis zum Ende der Laufzeit am 31.12.2015 als Anlagegüter bei der Stadt Köthen (Anhalt) aktiviert werden, wodurch Aufwendungen für Abschreibungen zu veranschlagen sind. Zudem wird ein Upgrade der UniFLOW-Software auf die aktuellste Version 5 installiert und es erfolgt eine Einweisung der zuständigen Mitarbeiter. Dafür sind einmalig 3 Dienstleistungstage der Firma Canon Deutschland notwendig.

Für den Zeitraum vom 01.12.2013 bis 31.12.2015 entstehen für die Stadt Köthen (Anhalt) somit keine Aufwendungen für Leasingraten. Bei einer Neuausschreibung der Leistung würde eine komplett neue Hard- und Software geleast werden, wodurch der Stadt Köthen (Anhalt) jährliche Kosten für die Leasingraten und die Serviceverträge i.H.v. ca. 98.400 € entstehen würden. Daher können durch den Abkauf der Geräte Aufwendungen i.H.v. ca. 55.200 € jährlich eingespart werden.

Durch die Weiterführung des Servicevertrages sowie durch den Abkauf der Gerät und Software entstehen folgende Kosten:

	Kosten 2013	Kosten 2014	Kosten 2015
Kaufpreis für Hardware (BG 01, SK 783100, USK06000.93540)	4.790 €	0 €	0 €
Kaufpreis für Software UniFlow (BG 01, SK 783100, USK 06000.93541)	1.190 €	0 €	0 €
Installation Upgrade der Software (BG 01, SK 529150, USK 06000.58000)	4.123,35 €	0 €	0 €
Softwarepflegevertrag (BG 01, SK 529150, USK 06000.58000)	2.391,90 €	2.391,90 €	2.391,90 €
Servicevertrag für Druck- und Kopiertechnik (SK 523150, diverse USK)	40.840,80 €	40.840,80 €	40.840,80 €
jährliche Kosten gesamt	53.336,05 €	43.232,70 €	43.232,70 €

Die Kosten für den Kauf der Hardware i.H.v. 4.790 € ~ 4.800 € werden im Haushaltsplanentwurf 2013 im Budget 01 auf dem Sachkonto 783100, Untersachkonto 06000.93540 - Ergänzung der EDV-Anlage (mehr als 1.000 Euro) - Hardware eingeplant.

Die Kosten für den Kauf der Software i.H.v. 1.190 € ~ 1.200 € werden im Haushaltsplanentwurf 2013 im Budget 01 auf dem Sachkonto 783100, Untersachkonto 06000.93541 - Neuanschaffung von immateriellem Vermögen - Software eingeplant.

Die Kosten für den Servicevertrag für Druck- und Kopiertechnik i.H.v. jährlich 40.840,80 € ~ 40.900 € sind bereits im Haushaltsplanentwurf 2013 auf dem Sachkonto 523150 auf verschiedenen Untersachkonten in verschiedenen Budgets eingeplant.

Die Kosten für den Softwarepflegevertrag i.H.v. jährlich 2.391,90 € sind im Haushaltsplanentwurf 2013 fälschlicherweise ebenfalls im Sachkonto 523150 Sonstige Mieten/Pachten auf verschiedenen Untersachkonten in verschiedenen Budgets eingeplant. Die Kosten dafür sollen nun in das Budget 01 auf das Sachkonto 529150, Untersachkonto 06000.58000 - Softwarewartung, Programmemeuerungen und -änderungen umgeplant werden. Die Kosten für die Dienstleistung zur Installation des Upgrades i.H.v. einmalig 4.123,35 € werden ebenfalls auf dem o. g. Untersachkonto eingeplant. Der Ansatz 2013 muss daher von 115.400 € um insgesamt 6.515,25 € ~ 6.600 € (2.391,90 € + einmalig 4.123,35 €) auf 122.000 € erhöht werden.

In den Folgejahren ergeben sich nachfolgende Änderungen:

Ansatz 2014: von 111.000 € auf 113.400 € erhöht

Ansatz 2015: von 115.000 € auf 117.400 € erhöht

Ansatz 2016: von 119.000 € auf 121.400 € erhöht

Amt 10
an
RPA

Köthen, den 17.01.2019

**Stellungnahme zum 3. Prüfvermerk des Rechnungsprüfungsamtes vom 03.01.2019
zur Bilanzposition Verbindlichkeiten**

Sehr geehrte Frau Pennewitz,

weitere Hinweise zur Bilanzposition Verbindlichkeiten habe ich mit dem 3. Prüfvermerk vom 03.01.2019 erhalten.

Nach Prüfung Ihrer Hinweise, nimmt die Verwaltung zu folgenden Inhalten des Prüfvermerkes Stellung:

1. **nachrichtlich auszuweisende Haftungsverhältnisse.**
hier: Leasingverträge

Sie beanstanden bei einigen Leasingverträgen die Höhe der nachrichtlich ausgewiesenen Beträge.

Den Hinweisen konnte gefolgt werden. Die aktuellen Daten können aus der Anlage 1.1 entnommen werden. Die Änderungen wurden hervorgehoben. Bezüglich des Leasingvertrages mit Canon wird auf die Berechnung Anlage 1.2 verwiesen.

2. **nachrichtlich auszuweisende Haftungsverhältnisse.**
hier: KommInvest-Kredite

Sie fordern die Verwaltung auf, sich zu den KommInvest Darlehen zu positionieren.

Der Anhang zur Bilanz wird wie folgt ergänzt:

„Zum Stichtag 31.012.2011 bestanden folgende Haftungsverhältnisse aus Darlehen mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt:

Die Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

(Stichtag: 31.12.2011 EUR)

	bis zu 1 Jahr	1 - 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
<u>Kreditmarktschulden</u>				
3-03	1.530,00	0,00	0,00	1.530,00
5-10	77.296,00	0,00	0,00	77.296,00
5-11	1.635,30	0,00	0,00	1.635,30
5-13	0,00	0,00	0,00	0,00
5-14	1.166,70	0,00	0,00	1.166,70
5-15	2.096,70	0,00	0,00	2.096,70
5-16	18.634,20	37.268,40	0,00	55.902,60
Kreditmarktschulden	102.358,90	37.268,40	0,00	139.627,30
Gesamt	102.358,90	37.268,40	0,00	139.627,30

Zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages war absehbar, dass die Darlehensschuld von 4 Verträgen im Jahr 2012 endet.

Das Darlehen 5-16 gilt ab dem Haushaltsjahr 2014 als getilgt.

Alle Darlehensschulden wurden vom Land Sachsen-Anhalt übernommen. Die finanzielle Abwicklung erfolgte nicht über den städtischen Haushalt.

Gemäß des Schreibens vom Ministerium des Inneren vom 31.03.2009 passiviert die Stadt Köthen (Anhalt) diese Darlehen als Verbindlichkeiten. Diese Verbindlichkeit wird durch den periodischen Ertrag der Schuldendienstleistung des Landes Sachsen-Anhalt (4231) getilgt.

Ausgehend davon, dass die Darlehensverbindlichkeiten im HKR bereits erfasst sind, erfordert die Tilgung durch das Land folgende Buchungen:

1. Im „USK“ des Ertrages die Sollstellung:
Forderungen an 4231 Ertrag aus Schuldienstleistung
2. Gegenbuchung beider USK im Ist:
Verbindlichkeiten an Forderungen

Es handelt sich um Verbindlichkeiten aus Investitionen mit einem Kreditinstitut, der Investitionsbank Sachsen-Anhalt, daher erhöht sich der Bestand im Konto 3217XX.

Die Nachweise können der Akte zur Bilanzposition entnommen werden."

3. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen
hier: Laufzeiten

Sie beanstanden die berechnete Restlaufzeit in der Verbindlichkeitenübersicht einiger Darlehen.

Die erforderlichen Änderungen wurden vorgenommen und in der Übersicht mit rot hervorgehoben.

4. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung
hier: antizipative Rechnungsabgrenzung

Sie beanstanden, dass die antizipative Rechnungsabgrenzung erst mit dem ersten Jahresabschluss vorzunehmen ist.

Nach Rücksprache mit der Fachkoordinatorin für Buchführung der Sikosa, ist die Abgrenzung bereits in der EÖB darzustellen.

Die Begründung liegt in der noch nicht vorhandenen Durchsetzbarkeit des Anspruches seitens des Gläubigers. Das bedeutet, diese Verbindlichkeit wird erst mit Stichtag der Fälligkeit durchsetzbar und beeinflusst die Vermögenssituation der Kommune dann erst „wirklich“ negativ. Auch die EÖB zum Stichtag 01.01.2012 soll die „echte“ Vermögenssituation darstellen.

Die Argumentation die Beschreibung des Kontos bezieht sich auf das laufende Haushaltsjahr kann nachvollzogen werden, jedoch ist die VW aus o.g. Grund abweichender Meinung. Der Wortlaut des Kontenrahmens bezieht sich zwar auf den Jahresabschluss (JA), hat jedoch immer Wirkung auf die EÖB des folgenden Haushaltsjahres. Betrachtet man diese (was unüblich ist, da der JA für die Vermögensdarstellung herangezogen wird), so würde diese Zahl immer das Vorjahr betreffen. Die Situation „Erstellung EÖB Stichtag 01.01.2012“ begründet sich darauf, dass der JA 2011 nach kameralem Recht erfolgte. Zukünftig werden die JA Basis für die EÖB des jeweiligen Haushaltsjahres sein. Die EÖB ist eine Konsequenz aus der Schlussbilanz bzw. ein Spiegel derer.

5. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung
hier: Verwaltertätigkeit der WGK v. städtischen Objekten

Sie beanstanden die Bilanzierung der Verwaltertätigkeit der WGK v. städtischen Objekten.

Hilfsweise der Auszug aus dem 3. Prüfvermerk zur Bilanzposition liquide Mittel:

Bereits an dieser Stelle möchte ich jedoch den Hinweis geben, dass der von ihnen ermittelte Bestand auf WGK-Verwalterkonten in Höhe von 66.659,11 € nicht vollständig ist. Aus einer Annahmeanordnung vom 21.02.2012 ist erkennbar, dass zum Bilanzstichtag ein Treuhandkonto für verwaltete Gebäude im Ortsteil Großwülknitz vorhanden war, welches erst am 16.02.2012 aufgelöst wurde und zum Zeitpunkt der Auflösung einen Bestand in Höhe von 4.800,08 € ausweist. Eine Berücksichtigung des tatsächlichen Bestandes zum Bilanzstichtag ist aus den vorgelegten Unterlagen nicht erkennbar.

Des Weiteren gehe ich davon aus, dass eine beabsichtigte Berücksichtigung von weiteren Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Verwalter in der Eröffnungsbilanz der Stadt Köthen (Anhalt) nicht erforderlich ist. Meines Erachtens ist der Hinweis des Ministeriums so zu verstehen, dass je nach Abrechnungsstand des Kontos, also bei einem Guthaben eine sonstiger Vermögensgegenstand und bei einem negativen Bestand eine sonstige Verbindlichkeit zu bilanzieren ist. Sollte meine Auffassung keine Berücksichtigung finden, ist anzumerken, dass aus den Jahresabrechnungen Forderungen in Höhe von 10.655,09 € bestehen und nicht in Höhe von 10.201,58 €. Der von der Verwaltung angegebene Betrag ist der Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten.

Die Verwaltung folgt der Sicht des RPA, dass der Erlass so zu verstehen ist, dass lediglich die aus der Jahresabrechnung resultierende Forderung (Guthaben) oder Verbindlichkeiten (weitere Zahllast) zu buchen bzw. zu bilanzieren ist.

Gemäß der Abrechnung für das HHJ 2011 i. V. m. der Annahmeanordnung vom 21.02.2012 besteht eine Forderung ggü. der WGK i.H.v. 71.459,19 € (Konto 1791 sonstiger Vermögensgegenstand).

6. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung

hier: TG Wallstraße

Es bestehen unterschiedliche Ansichten in Hinblick auf mehrere mögliche Bilanzierungsansätze.

Im Gespräch vom 15.01.2019 10:00 Uhr einigte sich die Verwaltung mit dem RPA beim Sachverhalt TG Wallstraße lediglich die Mietrückstände i.H.v. 2.088.908,18 € netto und die MWSt hierzu i. H. v. 396.892,56 € zu bilanzieren. Die Berechnung kann der Akte entnommen werden. (Tippstreifen)

Die Darstellung der MWSt erfolgt im Konto sonstige Verbindlichkeiten.

7. sonstige Verbindlichkeiten

hier: Beträge aus der Anwendung § 13 KomHVO

Es besteht Uneinigkeit über die Darstellung der negativen Verbindlichkeiten.

Die Verwaltung bleibt bei ihrer Ansicht die 849,00 € Guthaben als negative Verbindlichkeit auszuweisen. Die Überleitungsvorschrift hat die Problematik der alten Rechtslage i. V. m. der technischen Umsetzung noch nicht berücksichtigt.

Die Regelung aus § 13 Abs. 1 KomHVO gilt nach der Novellierung auch für die Bilanz. Die Einführung der Neuregelung soll die öffentlich-rechtliche Haushaltsführung in der Bewirtschaftung entlasten (Vermeidung eines hohen Verwaltungsaufwand). Außerdem heißt es in § 9 Veranschlagungs- und Bewirtschaftungsgrundsätze. Die „Bewirtschaftung“ schließt auch die Bilanzkonten mit ein.

8. sonstige Verbindlichkeiten

hier: Laufzeiten

Das RPA weist darauf hin, dass Gewährleistungseinbehalte i.d.R. länger als 1 Jahr im Haushalt verweilen.

Nach Rücksprache mit dem Fachamt 65 wird während der Gewährleistungsfrist ein Teil des Rechnungsbetrages zur Sicherheit einbehalten. Nach Ablauf der Gewährleistungsfrist kommt es dann zur Auszahlung. Laut Fachamt beträgt diese Frist i. d. R. 2 bis 5 Jahre. Auf Nachfrage, ob ein Gewährleistungsanspruch länger als 5 Jahre besteht, wurde mitgeteilt, dass dies eher selten der Fall war und sein wird.

Die betroffenen Verträge nach konkreten Laufzeiten zu durchsuchen ist sehr aufwendig und steht nicht im Verhältnis zum Nutzen, da sich die Bilanzsumme dadurch nicht ändert.

Auf Grund der vom Fachamt mitgeteilten Sachlage, kann jedoch eingeschätzt werden, dass solche Verbindlichkeiten einer Laufzeit von mehr als 1 und bis zu 5 Jahren zugeordnet werden. Fraglich war nun, welche dieser Verbindlichkeiten eine geringere Laufzeit hatten. Hierzu wurde in den jeweiligen Sachbüchern abgeglichen, ob es im Haushaltsjahr 2012 zur Auszahlung kam.

Für eine zukünftige bessere Handhabung und Übersicht wird empfohlen hinter die „Zahlungseingangsbuchung“ im HKR als Notiz die Bindefrist zu hinterlegen.

Die aus der Überprüfung resultierenden Änderungen wurden in der Tabelle rot hinterlegt.

9. Verbindlichkeiten aus Lieferung Leistung

hier: Abgrenzung Zinsaufwendungen aus 2011

Letztlich beanstandet das RPA die Abgrenzung von Zinsaufwendung aus dem HHJ 2011 in Hinblick auf Kreditverbindlichkeiten aus Investitionen.

Dem Hinweis kann gefolgt werden. Die Berechnungstabelle ist der Stellungnahme beigelegt. Diese berechneten und noch nicht erfassten Verbindlichkeiten sowie die Unterlagen zum Vorgang wurden der Bilanzposition Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung zugeordnet.

Die Fachabteilung wurde darüber informiert, dass in diesem Zusammenhang für künftige Haushaltsjahre Korrekturen vorzunehmen sind.

Die betroffenen Kreditverträge wurden zur besseren Übersicht in der Tabelle gelb markiert.

In der Hoffnung allen hilfreichen Hinweisen und offenen Fragen aus dem Prüfbericht nachgekommen zu sein, bittet die Verwaltung, nach erneuter Prüfung Ihrerseits, um Zustimmung zur Bilanzposition Verbindlichkeiten.

Sollten sich weitere Fragen oder Hinweise ergeben, kontaktieren Sie gerne meinen Vorgesetzten Herrn Richter oder mich.

Mit freundlichen Grüßen



Juliane Helmstedt

Sachbearbeiterin Stadtkasse

mit zeitweiliger Aufgabenübertragung

zur Erstellung der EÖB 2012

2. Prüfvermerk zur Bilanzposition Verbindlichkeiten nach Stellungnahme der Verwaltung vom 11.09.2017

Die Position Verbindlichkeiten wurde im Rahmen der Stellungnahme der Verwaltung vom 11.09.2017 von 49.563.532,05 € auf 49.624.887,86 € verändert. Gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO sind die bestehenden und zu bilanzierenden Verbindlichkeiten in einer Verbindlichkeitenübersicht unter Angabe verschiedener Laufzeiten darzustellen.

Gemäß dem hier vorgesehenen Muster sind nachrichtlich die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre, sofern sie nicht auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen werden, darzustellen. Es wurden an dieser Stelle Haftungsverhältnisse in Höhe von 224.842,18 € ausgewiesen. Erläuterungen hierzu sind in den Unterlagen zur Bilanzposition Verbindlichkeiten nicht vorzufinden. Dies sollte nachgeholt werden.

Die Strukturierung des folgenden Prüfvermerkes erfolgt parallel zu der in § 46 Abs. 4 Nummer 4 GemHVO Doppik vorgeschriebenen Gliederung der Verbindlichkeiten in der Bilanz.

a) Anleihen

Keine Anmerkungen

b) Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen gem. § 41 Abs. 4 Satz 2 GemHVO Doppik

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden in der Eröffnungsbilanz in Höhe von 32.619.957,90 € ausgewiesen. Mit dem Prüfvermerk vom 15.07.2016 wurde die Zuordnung der Kredite zu den Restlaufzeiten gemäß dem Muster 20 zu § 49 Abs. 3 GemHVO beanstandet. Es wurden hierbei die Laufzeiten von der Aufnahme bis zur endgültigen Tilgung zu Grunde gelegt.

Mit der Stellungnahme vom 11.09.2017 wurden die Laufzeiten neu berechnet. Es wurde nun bei der Zuordnung zu den Restlaufzeiten auf die Befristung jeder einzelnen Tilgungsrate abgezielt.

Es wird festgestellt, dass auch diese Ermittlung der Restlaufzeiten nicht korrekt ist.

Die Restlaufzeiten einer Verbindlichkeit ist die Zeitspanne zwischen dem Bilanzstichtag bzw. Abschlussstichtag für den Jahresabschluss und den vertraglich oder tatsächlichen vollständigen Ausgleich der einzelnen Verbindlichkeiten einer Gemeinde.

Bei Annuitäten- oder Ratenkrediten ist für die Einordnung unter den Restlaufzeiten im Verbindlichkeitspiegel immer die Zeitspanne zwischen dem Bilanzstichtag und dem Fälligkeitstermin der letzten Rate anzusetzen.

Die in dem Zusammenhang in der Stellungnahme angeführte Transparenz der einzelnen Tilgungsverbindlichkeiten für eine kurz-, mittel- bzw. langfristige Finanzplanung ergibt sich bereits aus der Veranschlagung der einzelnen Tilgungsleistungen innerhalb der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung.

Der Verbindlichkeitspiegel dagegen soll die künftige Belastung als solche konkreter darstellen.

(siehe Ausführungen des statistischen Landesamtes LSA zu Bereichsabgrenzungen, Stand 01.04.2012, Seite 5; Runderlass Ministerium für Inneres und Sport vom 17.01.2017, Kontierungshandbuch Sachsen-Anhalt, Blenke/Grimberg, 2. Auflage)

c) Verbindlichkeiten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

Es wird festgestellt, dass die Einordnung der Kassenkredite in Höhe von insgesamt 16.000.000 € nicht korrekt erfolgte.

Die Zuordnung des Eonia Kassenkredites bei der HypoVereinsbank in Höhe von insgesamt 10.000.000 € zur Laufzeit von über 5 Jahren ist zu überarbeiten.

Bei diesem Kreditvertrag handelt es sich um ein Callgeld mit täglicher Kündigungsmöglichkeit, die Inanspruchnahme hat somit eine Laufzeit von einem Tag. Sofern der Bank keine Rückzahlung mitgeteilt wird, verlängert sich der Kredit um einen weiteren Tag. Dieser Kredit ist in die Laufzeitrasterung unter einem Jahr einzuordnen. Die Zuordnung dieses Kredites zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Restlaufzeit mehr als fünf Jahre ist nicht mit dem Grundsatz der Jährlichkeit vereinbar und widerläuft den Regelungen des § 102 Satz 2 GO. Hier kann lediglich maximal eine zweijährige Laufzeit hergeleitet werden. (siehe Kommentar zur Gemeindeordnung § 102; Klang/ Gundlach/ Kirchmer; Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt, 3. Auflage 2011, Seite 519)

d) Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Im Rahmen der Stellungnahme zum Prüfvermerk wurden die, bei der Stadt vorhandenen Leasingverträge auf Bilanzierungsnotwendigkeit überprüft.

Eine erneute Prüfung seitens des RPA hat ergeben, dass hier nicht alle zum 01.01.2012 bestehenden Leasingverträge der Stadt Köthen in die Untersuchung einbezogen wurden.

Es fehlt hier der Leasingvertrag Nr. 2106056/1 mit der Südleasing GmbH, Laufzeit vom 01.03.2008-28.02.2014 über einen Ruthmann-Steiger TB 180 auf MB Sprinter 311 CDI.

Um die Vollständigkeit der Bilanzposition bestätigen zu können, ist auch dieser Leasingvertrag in die Untersuchung mit einzubeziehen.

Um die Richtigkeit der Bewertung der Leasingverträge bestätigen zu können, sind dem RPA die kompletten Leasingverträge vorzulegen. Die vorgelegten Kassenunterlagen reichen nicht aus, um eine Bewertung der Leasingverträge vornehmen zu können, da diesen nicht in allen Fällen die Leasingverträge beigelegt waren. So fehlt zum Beispiel der Leasingvertrag zum Fahrzeug mit dem Kennzeichen: ABI-GF 52.

e) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Der Bilanzwert der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wurde von 255.078,42€ auf 190.661,34 € verändert.

Hierin enthalten sind, trotz Hinweisen des RPA die antizipativen Passivposten.

Es ist somit erneut zu beanstanden, dass die gebildeten antizipativen Passivposten nicht den sonstigen Verbindlichkeiten (siehe Kontenrahmenplan Sachsen-Anhalt, Konto/Unterkonto 3799) zugeordnet, sondern in dieser Position belassen wurden.

Die Ausführung in der Stellungnahme zu den antizipativen Passivposten ist unverständlich und kann nicht gefolgt werden. Es wird von einzelnen technische Herausforderungen und Umstellungsproblemen gesprochen.

Bei den antizipativen Passivposten handelt es sich um solche Leistungen, die die Kommune im laufenden Jahr in Anspruch nimmt und deren Zahlung erst im folgenden Haushaltsjahr fällig wird. Es sind die bereits in 2011 gebuchten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sowie aus Transferleistungen entsprechend dem Fälligkeitstermin (> 31.12.2011) den sonstigen Verbindlichkeiten zuzuordnen.

Anzumerken ist, dass dieser Sachverhalt nicht nur für die Eröffnungsbilanz gilt, sondern im Rahmen jedes doppelischen Jahresabschlusses entsprechende Umbuchungen vorgenommen werden müssten. Inwieweit eventuell durch Festlegung einer Wertgrenze oder durch Herbeiführung einer softwareseitigen Lösung der hohe manuelle Aufwand in Grenzen gehalten werden kann, ist zu überdenken.

Durch das RPA wurde im Prüfvermerk beanstandet, dass Forderungen als negative Verbindlichkeiten dargestellt wurden und somit das Saldierungsverbot missachtet wurde. Dem Hinweis des RPA wurde mit der Stellungnahme nur teilweise gefolgt. Die Position USK 90000.810000 Erstattung Gewerbesteuerumlage in Höhe 849 €, welche zuvor als negative Verbindlichkeit aus Lieferungen und Leistungen dargestellt wurde, ist nunmehr in den überarbeiteten Unterlagen als positive sonstige Verbindlichkeit ausgewiesen. Dies ist nicht nachvollziehbar. Als Begründung für das Belassen dieses Betrages in den Verbindlichkeiten, wurde hier die Regelung des § 13 Abs. 1 KomHVO angeführt, wonach Abgaben, abgabeähnliche Erträge und allgemeine Zuweisungen bei den Erträgen abzusetzen sind und dies auch für geleistete Umlagen gilt. Es wurde nicht die korrespondierende Regelung des § 31 Abs. 2 GemKVO Doppik zur Absetzung zu viel gezahlter Beträge berücksichtigt, wonach die Rückzahlung bei den Auszahlungen abzusetzen sind, wenn die Rückzahlung im selben Jahr wie die Auszahlung erfolgt. In den anderen Fällen sind Rückzahlungen wie Einzahlungen zu behandeln. (siehe Kirchmer/Meinecke; Kommunale Doppik Sachsen-Anhalt, Kommentar zu § 15 GemHVO)

Des Weiteren ist anzumerken, dass seitens des RPA weiterhin der Standpunkt vertreten wird, dass eine bereits im Haushaltsjahr 2008 gebuchte Mietzahlung für das Objekt Tiefgarage Wallstraße, für die Monate August-Dezember 2008 in Höhe von 303.146,45 €, welche zwar nicht zur Auszahlung kam, sondern auf ein Verwahrkonto umgebucht und somit einbehalten wurde, in der Eröffnungsbilanz 01.01.2012 als Verbindlichkeit aus Lieferungen und Leistungen darzustellen ist. Da es sich hier um einen Einbehalt handelt, darf hierfür keine Rückstellung gebildet werden. (siehe Ausführungen im Prüfvermerk zur Bilanzposition Rückstellungen)

Die Berücksichtigung im Rechnungsergebnis 2008 und die Bildung einer Rückstellung in der EÖB 2012 wäre einer Doppelerfassung gleichzusetzen. Ebenfalls ist zu berücksichtigen, dass die Bildung einer Rückstellung in der Bilanz zahlungsunwirksam erfolgt, die Verbindlichkeit aus dem Jahresabschluss 2008 dagegen zahlungswirksam verbucht wurde.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wurden in der Verbindlichkeitenübersicht komplett der Restlaufzeit bis zu einem Jahr zugeordnet. Erläuterungen hierzu wurden nicht getroffen. Die Unterlagen enthalten ein Differenzensachbuch aus dem Haushaltsjahr 2011. Anhand von Stichproben wurde die Laufzeit einzelner Posten anhand der Fälligkeit überprüft und kann hiermit bestätigt werden.

f) Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen wurden von 89.326,47 € auf 155.762,44 € korrigiert.

Ausführungen zu den antizipativen Passivposten siehe unter e)

Die Übersicht 4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen Stand 08.09.2017 enthält fehlerhafte Angaben zu den Untersachkonten und wäre somit zu korrigieren.

USK (falsch)		(USK richtig)
00000.40020	Geldleistungen an freie Träger	46450.71820
00000.65400	Zuschuss KKM	87200.71500
46450.71820	Zinserstattung Steuern	90000.84500

Die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen wurden in der Verbindlichkeitenübersicht der Laufzeitrastrung über 5 Jahre zugeordnet. Demnach wären diese Verbindlichkeiten frühestens im Haushaltsjahr 2017 zur Zahlung fällig. Erläuterungen in den Unterlagen hierzu sind nicht vorhanden. Anhand der Überprüfung der tatsächlichen Fälligkeit einzelner Positionen muss festgestellt werden, dass die Zuordnung nicht korrekt erfolgte und somit zu beanstanden ist.

Beispiele:

USK	Fälligkeit
46450.71820 Geldleistungen an freie Träger	10.01.2012
87200.71500 Zuschuss KKM	15.01.2012

g) sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten wurden in Höhe von 658.506,18 € bilanziert.

Ausführungen siehe unter e)

Die sonstigen Verbindlichkeiten wurden der Laufzeitrasterung bis zu einem Jahr zugeordnet. Auch hierzu wurden keinerlei Aussagen getroffen. Die bilanzierten Sachverhalte lassen aber erkennen, dass es sich hier um Verbindlichkeiten mit unterschiedlichen Laufzeiten handelt.

Als Beispiel werden hier die Gewährleistungseinbehalte genannt. Um eine Prüfung vornehmen zu können, sind entsprechende Aussagen zu treffen bzw. Unterlagen noch ergänzend beizubringen.

Die Zuordnung zu den Laufzeiten kann vorerst nicht bestätigt werden.

Der Begründung zu den nicht in die Bewertung eingeflossenen Verbindlichkeiten, die im Rahmen des Umstellungsprozesses als Aufwand dem Haushaltsjahr 2012 zugeordnet wurden und deren wertmäßigen Unerheblichkeit bezogen auf die Gesamtposition kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gefolgt werden. Bei den im Prüfvermerk vom 15.07.2016 angeführten Fällen, welche nicht in die Bewertung eingeflossen sind, handelt es sich lediglich um Beispiele und sind somit nicht abschließend zu werten. Insbesondere sind auch die jahresübergreifenden Zinszahlungen aus Darlehensverträgen zu berücksichtigen.

Seitens der Verwaltung sind entsprechende Maßnahmen zu veranlassen und zu benennen, die eine abschließende Beurteilung zur Vollständigkeit der Bilanzpositionen Verbindlichkeiten durch das RPA ermöglichen. Sollte man nachweislich zum Ergebnis gelangen, dass eine Nacherfassung fehlender Verbindlichkeiten aufgrund ihrer Geringfügigkeit außer Verhältnis steht und nur unwesentlich Einfluss auf die Höhe der Bilanzsumme insgesamt hat, könnte dies seitens des RPA akzeptiert werden. Die Berücksichtigung der Fälle in der Eröffnungsbilanz als sonstige Verbindlichkeiten würde hier zu einer Entlastung des Ergebnishaushaltes 2012 führen.

Es wird im Zusammenhang mit der Bildung und Buchung von Verbindlichkeiten auch auf die Überleitungsempfehlungen des MI LSA vom 08.11.2006 hingewiesen.

Aufgrund der Feststellungen ist eine erneute Überarbeitung der Bilanzposition, insbesondere die Ergänzung der bewertungsrelevanten Unterlagen erforderlich.


Pennewitz

Amt 10
an
RPA

Köthen, den 03.09.2018

**Stellungnahme zum 2. Prüfvermerk des Rechnungsprüfungsamtes vom 02.03.2018
zur Bilanzposition Verbindlichkeiten**

Sehr geehrte Frau Pennewitz,

weitere Hinweise zur Bilanzposition Verbindlichkeiten habe ich mit dem 2. Prüfvermerk vom 02.03.2018 erhalten.

Nach Prüfung Ihrer Hinweise, nimmt die Verwaltung zu folgenden Inhalten des Prüfvermerkes Stellung:

1. Allgemein

hier: Leasingverträge

Sie weisen darauf hin, dass die nachrichtlich zu erwähnenden Haftungsverhältnisse noch zu erläutern sind.

Die nachrichtlich aufgeführten Beträge beziehen sich auf die nicht zu bilanzierenden Leasingverträge.

a. Anleihen

keine Anmerkungen

keine Anmerkungen

b. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen gem. § 41 Abs. 4 Satz 2 GemHVO doppik

Sie beanstanden die berechnete Restlaufzeit in der Verbindlichkeitenübersicht

Die Verwaltung hat eine erneute Prüfung der Abgabepflicht der Laufzeiten von Krediten vorgenommen. Gem. § 118 Abs. 4 KVG LSA ist dem Anhang eine Verbindlichkeitenübersicht beizufügen. Diese richtet sich nach § 49 Abs. 3 KomHVO LSA und nach dem verbindlichen Mustern 17 und 20 der VV zum KVG und zur KomHVO.

Die im Muster 20 anzugebene Restlaufzeit ist gemäß der Fußnote des aktuellen Musters, die Zeitspanne zwischen dem Bilanzstichtag und dem Zeitpunkt des voraussichtlichen Ausgleichs der Verbindlichkeit, der im Einzelfall vom letzten festgestellten Fälligkeitstag abweichen kann, insbesondere wenn von der vereinbarten Möglichkeit einer vorzeitigen Rückzahlung Gebrauch gemacht werden soll. Gegebenenfalls sind vereinbarte Raten jeweils unterschiedlichen Laufzeiten zuzuordnen.

Die Ausführungen des statistischen Landesamtes LSA zur Bereichsabgrenzung, Stand 01.04.2012 Seite 5 und der Runderlass des Ministeriums für Inneres und Sport vom 17.01.2017 beziehen sich auf die Kontierungszuordnung. Das bedeutet, dass ein Geschäftsvorfall auf Grund seiner Merkmale dem jeweiligen Sachkonto zugeordnet wird. In der Bilanzposition der Verbindlichkeiten zielt dies auf die ursprünglich vereinbarte „Rest“-laufzeit ab.

Die angeführte Kommentierung Grimbergs bezüglich der anzugebenen Restlaufzeiten im Verbindlichkeitspiegel ist durch eine aktualisierte Rechtsauffassung hinfällig. Mit der Novellierung der KomHVO und der Überarbeitung der verbindlich anzuwendenden Muster wurde das Wort „davon“ nun mit einer Fußnote kommentiert. Hierbei handelt es sich um keine Änderung der Vorschrift, sondern um eine Klarstellung unterschiedlicher Rechtsauffassungen.

Ziel dieser Darstellung ist es, bereits in der Planphase aufzuzeigen, in welcher Höhe Verbindlichkeiten getilgt werden müssen, was anhand der Kontenart nicht erkennbar ist. Die Kommune hat gem. § 98 Abs. 4 KVG LSA ihre Zahlungsfähigkeit zu sichern. In welcher Höhe sie dabei Liquiditätsreserven vorzuhalten hat, kann nur eine Darstellung nach den tatsächlich geplanten Auszahlungen zeigen.

Bsp.: Die Kommune nimmt am 23.05.2017 einen Investitionskredit i. H. v. 1.000.000 € auf. Die erste Rate i. H. v. 125.000,00 € ist am 01.06.2017, letzte vertraglich vereinbarte Rate ist am 01.07.2024 fällig.

Bei Aufnahme des Kredites erfolgt die Zuordnung zum Konto 32173 „Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen mit einer Laufzeit von mehr als 5 Jahren“. Diese Zuordnung ist unabhängig der einzelnen Zahlungsfristen vorzunehmen und bleibt bis zur vollständigen Tilgung des Kredites bestehen. Es erfolgt damit

keine Zuordnung zu mehreren Sachkonten eines bestimmten Kredites, es werden i. d. R. auch keine Umbuchungen während der Vertragslaufzeit unternommen sofern vorab die korrekte Kontenbelegung erfolgte.

Anhand der Kontenzuordnung könnte der Eindruck entstehen, dass 1.000.000,00 € erst langfristig (nach Ablauf von mehr als 5 Jahren) fällig sind. Um den tatsächlichen liquiden Fluss transparent darzustellen, erfolgt die Darstellung im Verbindlichkeitspiegel gemäß der tatsächlich geplanten Zahlungsfristen. Diese Übersicht verändert sich somit für jedes Haushaltsjahr erneut.

bis 1 Jahr	davon mit einer Laufzeit	
	mehr als 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
125.000,00 €	375.000,00 €	500.000,00 €

Um Missverständnisse zu vermeiden, wurde die Darstellung der Kontenzuordnung gem. der Reihenfolge des Kontenrahmenplans konkretisiert.

Es wurde demnach erst die Unterscheidung nach der Kreditart vorgenommen, zudem wurde eine Rasterung nach der ursprünglich vertraglich vereinbarten Kreditlaufzeit (Restlaufzeit) unternommen. Die Rasterung untergliedert sich dabei in Laufzeiten bis zu einem Jahr, von mehr als einem und bis zu fünf Jahren und mehr als fünf Jahren, wobei ein bestimmter Kreditvertrag auch nur einem Konto zugehörig ist. Maßgeblich ist hierbei der letzte voraussichtliche Tilgungszeitpunkt der kompletten Verbindlichkeit.

Um die Transparenz der einzelnen Tilgungsverbindlichkeiten herzustellen und um eine kurz-, mittel, bzw. langfristige Finanzplanung vornehmen zu können, wurden die vollständig vereinbarten Kreditverbindlichkeiten im Muster 20 in Teilbeträge untergliedert.

Da die Höhe der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen nicht beanstandet wird, bittet die Verwaltung die dargestellte Kontenzuordnung in die Konten 32103010 „Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen vom Bund mit einer Laufzeit über 5 Jahre“ und 32173010 „Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen von Kreditinstituten mit einer Laufzeit von über 5 Jahren“ sowie die Richtigkeit der im Verbindlichkeitspiegel angegebenen Restlaufzeiten zu bestätigen.

Verbindlichkeiten aus Zinsen für Kredite deren Aufwand erst nach dem Bilanzstichtag entsteht, werden gem. § 9 Abs. 2 KomHVO erst in dem Jahr gebucht, in dem sie entstehen.

Eine vorfristige Sollstellung hätte zur Folge, dass der Aufwand bereits vor dem Bilanzstichtag läge. Eine zeitliche Abgrenzung eines erst entstehenden Aufwandes kommt nur im Rahmen eines Rechnungsabgrenzungspostens in Frage, aber auch nur dann, wenn eine Zahlung bereits vor Aufwandsentstehung stattgefunden hat. Das ist hier nicht der Fall. Im Übrigen gilt die gleiche Begründung für Mietzinsverpflichtungen, welche sich aus Mietverträgen ergeben.

Es besteht derzeit keine gesetzliche Verpflichtung bereits eingegangene, nichtinvestive und noch nicht fällige Verbindlichkeiten darzustellen.

c. Verbindlichkeiten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

Die angegebene Restlaufzeit des Eonia-Kredites in der Verbindlichkeitenübersicht ist aus Ihrer Sicht noch einmal zu überarbeiten

Ihrem Hinweis kann gefolgt werden.

Die Übersicht wurde entsprechend angepasst.

d. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen

Nach Ihrer Prüfung merken Sie das Fehlen des Leasingvertrages Nr. 2106056/1 mit der Südleasing GmbH an. Erst nach Vorliegen dieser Unterlage kann diese Position abschließend bestätigt werden. Weiterhin führen Sie an, es fehlen weitere Leasingverträge, bspw. für das Fahrzeug ABI-GF 52.

Die Unterlagen zu den Leasingverträgen wurden insofern vervollständigt, als dass es zur Einschätzung einer möglichen Bilanzierung notwendig war. Die Übersicht wurde um die Angaben der Nutzungsdauer und um das Verhältnis von Vertragsdauer zur Nutzungsdauer ergänzt. Für eine eventuelle Bilanzierung wäre in jedem Fall zu prüfen, wie hoch das Verhältnis der Vertragslaufzeit zur Nutzungsdauer ist. Liegt dieses Verhältnis zwischen 40-90 % so ist das Leasingobjekt vom Leasinggeber zu bilanzieren (siehe Ausführung aus 1. Stellungnahme). Dieser Tatbestand allein führt in den meisten Fällen zur Konsequenz der Unterlassung eines bilanziellen Ansatzes in der städtischen Bilanz.

Der Leasingvertrag der Peugeot-Bank findet keinen Ansatz, da das geleaste Objekt beim Leasinggeber (siehe Mail) aktiviert wurde.

e. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung

1. Sie weisen erneut auf die antizipative Abgrenzung der noch nicht im Jahr 2011 fälligen Verbindlichkeiten

Dem Hinweis des RPA wird gefolgt. Gemäß der im HKR hinterlegten Fristen wurden bestehende Verbindlichkeiten, deren Zahlungsziel nach dem Stichtag 31.12.2011 liegt, antizipativ abgegrenzt und den sonstigen Verbindlichkeiten zugeordnet.

2. Unter dem Prüfpunkt Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung beanstanden Sie die Bilanzierung des offenen Postens aus dem USK 90000 81000 i. H. v. 849,00 € als Verbindlichkeit

Dem Hinweis des RPA kann nicht gefolgt werden. Der offene Posten aus dem USK 90000.81000 ist gem. des Erlasses des MI zur wirtschaftlichen Zurechnung und Buchung von Rückzahlungen von Abgaben, abgabeähnlichen Erträgen und allgemeinen Finanzzuweisungen sowie geleisteten Umlagen vom 25.02.2014 im Haushaltsjahr 2012 von den Aufwendungen bzw. von den Auszahlungen abzusetzen.

Die von Ihnen angegebene Kommentierung bezieht sich auf eine mittlerweile geänderte Rechtsauffassung. Im Übrigen betrifft dies auch die Grimberg-Komentierung zu diesem Thema. Die Verwaltung folgt der Empfehlung des Ministeriums die geänderte Rechtslage bereits vorfristig anzuwenden.

Festzustellen ist jedoch, dass diese Buchung im falschen Haushaltsjahr vorgenommen wurde. Die korrekte Zuordnung hätte in dem Jahr erfolgen müssen, in dem der Leistungsbescheid als Rechtsakt ergangen ist und damit der Anspruch auf Erhalt eines Guthabens. Im vorliegenden Fall wäre das 2012 gewesen.

Da der Jahresabschluss 2011 bereits durchgeführt und geprüft wurde, ist es technisch nicht mehr möglich diesen Sachverhalt zum Bilanzstichtag unberücksichtigt zu lassen. Die Absetzung zum Aufwand bzw. die Verbindlichkeit ist bereits im HKR gebucht. Sie lässt sich jedoch zumindest den sonstigen Verbindlichkeiten als periodisch noch nicht durchsetzbaren Anspruch zuordnen.

Der Anspruch auf Leistung einer Rückerstattung gegenüber dem Statistischen Landesamt wird aus zuvor genannten Gründen zum Stichtag 01.01.2012 den sonstigen Verbindlichkeiten zugeordnet.

3. Das RPA vertritt die Auffassung, dass einbehaltene Verbindlichkeiten aus dem Mietverhältnis für das Objekt Tiefgarage als Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung darzustellen sind. Sie verweisen auf den Prüfbericht Rückstellungen. Hierin erscheint der Prüferin die vorgenommene Bilanzierung fehlerhaft zu sein.

Zum Sachverhalt Tiefgarage Wallstraße bestehen zum Bilanzstichtag 01.01.2012 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Investitionstätigkeiten i.H.v. 7.777.596,02 €. Die Darlehensschuld resultiert aus einem Kredit für die Begleichung der Forderung aus der Bürgschaft für die Aufbaugesellschaft Köthen GmbH & Co. Quartier KG. Dieser wurde am 05.11.2008 für die Begleichung der Bürgschaftsschulden bei der Kreissparkasse Köthen mit Vertragsnummer 635000115 mit einer Höhe von insgesamt 8.239.058,25 € abgeschlossen.

Im Gegensatz dazu bestehen Ansprüche auf Zahlung eines Mietzinses aus dem Mietvertrag zwischen der Stadt Köthen (Anhalt) und der *Bauherrengemeinschaft Kleine Wallstraße* vom 31.03.1993. Die unter Punkt 2.1. des Vertrages geregelte Mietzahlung pro Jahr beträgt 1.735.200,00 DM (887.193,68 €). Die monatliche Höhe des Anspruchs beträgt somit 144.600,00 DM (73.932,81 €).

Im Vertrag unter Punkt 5 ist eine Mietzeit von 30 Jahren vereinbart worden. Unter Berücksichtigung des Mietbeginns am 01.10.1993 ergibt sich ein nächstmögliches Vertragsende durch Kündigung zum 31.12.2023.

Im städtischen Haushalt wurden die Mietverbindlichkeiten unter dem USK 68000.53001 geplant, zum Soll gestellt und ausgezahlt. Im Jahr 2008 wurden noch 356.642,86 € an die Vermieterin ausgezahlt.

Die einbehaltene Miete betrug zum Bilanzstichtag insgesamt 2.088.908,18 € (netto).

Jahr	offene Miete	Monat	kumulativ
2008	254.744,90 €	50.948,98 €	254.744,90 €
2009	611.387,76 €	50.948,98 €	866.132,66 €
2010	611.387,76 €	50.948,98 €	1.477.520,42 €
2011	611.387,76 €	50.948,98 €	2.088.908,18 €

Tatsächlich wurde jedoch nur der Einbehalt aus dem Jahr 2008 auf dem Verwahrkonto unter dem USK 99999.02299 i. H. v. 254.744,90 € zzgl. 48.401,55 € abgebildet. (Ansicht des Sachbuches zum Stichtag 31.12.2011)

Als Folge der Zwangsverwaltung der Tiefgarage Wallstraße und der sich hieran anschließenden Insolvenz der Aufbaugesellschaft Köthen GmbH & Co. Quartier KG befindet

sich die Stadt Köthen (Anhalt) seit dem 22.04.2010 in einem Rechtsstreit mit dem Insolvenzverwalter der Deutschen Postbank AG.

In der ersten Instanz gab das Landgericht Dessau-Roßlau der Klage des Insolvenzverwalters statt und verurteilt die Stadt Köthen (Anhalt), mit Urteil vom 04.06.2012, zur Zahlung der rückständigen Miete.

Gemäß dem Stadtratsbeschluss vom 21.06.2012 (Nr. 12/StR/19/017) wurde gegen das Urteil des Landesgerichtes Dessau-Roßlau Berufung beim Oberlandesgericht Naumburg eingelegt. Der Ausgang des Berufungsverfahrens ist, nach Betrachtung des jeweiligen Standpunktes, ungewiss.

Beide Seiten haben entschieden, sich wieder an den Verhandlungstisch zu setzen, um eine außergerichtliche Klärung herbeizuführen.

Hierzu erarbeitete das Fachamt für Rechtsangelegenheiten einen Entscheidungsvorschlag für den Stadtrat und damit die Handlungsgrundlage für eine vertragliche Einigung aus. Mit Beschluss 14/StR/03/011 vom 16.10.2014 wurde der Oberbürgermeister dazu beauftragt und bevollmächtigt, einen Vergleichsvertrag einzugehen. Zu diesem Zeitpunkt sah der Wille (das Ziel) der Stadt Köthen (Anhalt) auch die Aneignung des Eigentums an der Tiefgarage vor.

Die Aneignung des Grundstückes gestaltet sich jedoch herausfordernd, da die Aufbaugesellschaft für Köthen GmbH & Co. Quartier KG das Eigentum an dem Grundstück am 21.03.2012 aufgegeben hat. Das Grundstück der Tiefgarage gilt als herrenloses Grundstück. Das Land Sachsen-Anhalt verzichtete auf ihr vorrangiges Aneignungsrecht. Zwischenzeitlich versuchte eine private dritte Person sich das Grundstück der Tiefgarage im Zuge der Herrenlosigkeit anzueignen, was sich zum jetzigen Zeitpunkt wieder erübrigt hat. Unter anderem trug der zuletzt genannte Umstand dazu bei, dass sich die Vergleichsverhandlung verzögerte und weiterhin noch andauert.

Für die Abwicklung des Sachverhaltes kalkulierte das Rechtsamt im Falle eines Vergleichs Gesamtkosten i. H. v. 2.265.000,00 € ein. Dem gegenüber steht der Betrag i. H. v. 10.158.900,00 € im Falle eines Unterliegens in der Streitsache.

Fraglich wäre, in welcher Höhe dieser Sachverhalt in der Bilanz zu bewerten ist.

Um den Sachverhalt möglichst realistisch und damit auch die tatsächliche Vermögenssituation der Stadt darzustellen, sind beide Varianten und deren Auswirkungen zu betrachten. Hinsichtlich der Wirkung einer Bilanzierung, ist der Sachverhalt kritisch zu betrachten und gegen korrespondierende allgemeine Haushaltsgrundsätze abzuwägen.

Zweifelsohne bestand zum einen zum Bilanzstichtag ein Anspruch auf Zahlung der bereits säumigen und einbehaltenen Miete (nebst Zinsen), zum anderen bestand eine Verpflichtungserklärung, zukünftig bis 31.12.2023 Miete zu zahlen. Die Möglichkeit einer Mietanpassung seitens des Gerichtes kann zahlenmäßig nicht abgeschätzt werden, da es sich hierbei um einen schwierigen Rechtsstreit mit mehreren Problematiken handelt. Bezogen auf den Bilanzstichtag beziffert sich der schlimmste mögliche Fall auf ca. 10 Mio. €.

Eine Bilanzierung der gesamten möglichen Rechtsfolge zu Ungunsten der Stadt Köthen (Anhalt) i. H. d. ca. 10 Mio. € hätte zur Folge, dass der entsprechende Aufwand in den kameralen Haushaltsjahren anfiel, aber noch nicht finanzwirksam war. Da in der kameralen Rechnungslegung nicht der Ressourcenverbrauch ausgewiesen wurde (Aufwand), war dieser auch nicht durch (finanzwirksame) Erträge zu decken. Er unterlag somit nicht der kameralen Haushaltsausgleichssystematik.

Dem Stichtagsprinzip folgend, welches im Grundsatz besagt, dass für die Frage des Ansatzes und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden die Verhältnisse zum Abschlusszeitpunkt maßgebend sind.

Tatsächliche Vorgänge nach dem Bilanzstichtag sind für Ansatz und Bewertung in der Bilanz unbeachtlich. Die nach dem Bilanzstichtag bis zur Bilanzerstellung erlangte bessere Erkenntnis über Verhältnisse am Bilanzstichtag muss aber bei der Bilanzierung berücksichtigt werden.

Zudem ist das Prinzip der Haushaltswahrheit als allgemeiner Haushaltsgrundsatz, der besagt, dass die im Haushaltsplan geschätzten Einzahlungen, Auszahlungen, Erträge und Aufwendungen, grundsätzlich möglichst präzise zu schätzen sind, sofern sie nicht zu errechnen sind.

Daneben verbietet die Haushaltswahrheit solche Haushaltsansätze, die den wahren Sachverhalt verschleiern oder den Haushaltsausgleich erheblich beeinflussen.

Eine Bilanzierung der Verbindlichkeiten in der Gesamthöhe der bereits bestehenden Verpflichtungen und ein Wegfall dieser (durch Einigung oder Urteil) hätte im Haushaltsjahr der endgültigen Entscheidung eine nicht zahlungswirksame aber ertragswirksame Auflösung der „stillen Reserve“ i. H. v. 10 Mio. € zur Folge. Das bedeutet, dass die Verwaltung im Jahr der Auflösung auch Aufwendungen in Höhe von 10 Mio. € planen könnte, ohne dass dieser Umstand den Haushaltsausgleich beeinflusst. Tatsächlich würden jedoch die ggf. geplanten Aufwendungen nicht durch die Erzielung tatsächlicher Erträge erfolgen.

Da dieser Umstand, unabhängig vom Ausgang des Streites, den Haushalt künftiger Jahre im erheblichen Maße beeinflusst, hat sich die Verwaltung dazu entschieden, den Sachverhalt entsprechend der vom Stadtrat beschlossenen Vergleichsmöglichkeit in der maximalen Höhe von 2.265.000,00 € (inkl. der Verfahrenskosten) zu würdigen. Diese Höhe entspricht noch immer dem voraussichtlich eintretenden Ende des Verfahrens. Die korrespondierende Wirkung einer Bilanzierung mit weiteren zu berücksichtigenden, allgemeinen Haushaltsgrundsätzen, wie dem Grundsatz der stetigen Aufgabenerfüllung und dem Grundsatz der Haushaltswahrheit, wird somit auch genügend Rechnung getragen.

Eine Bilanzierung lediglich in Höhe der zum Bilanzstichtag bestehenden Mietrückstände kommt nicht in Frage, da der Sachverhalt dann nicht in Gänze gewürdigt werden würde.

Der Ansatz i. H. v. 2.687.750,00 € setzt sich aus 2.225.000,00 € Verbindlichkeiten aus dem rückständigen Mietzins und der hieraus resultierenden Steuerverpflichtung i. H. v. 422.750,00 € sowie den Verfahrenskosten i. H. v. ca. 40.000,00 € zusammen.

1. Da sich die Vergleichshöhe von 2.225.000,00 € aus einer vertraglichen Verpflichtung ergibt, ist diese als Verbindlichkeit aus Lieferung und Leistung darzustellen.
2. Die Verfahrenskosten i. H. v. ca. 40.000,00 € sind als Rückstellung gem. § 35 Abs. 1 Nr. 6 KomHVO zu passivieren.
3. Auch die möglich eintretende Steuerverpflichtung ist i. H. v. 422.750,00 € in der Bilanz als Verbindlichkeit darzustellen.

Die Verwaltung stimmt der Auffassung des RPAs hinsichtlich der Passivierung einer Verbindlichkeit bezüglich der rückständigen Miete aus zuvor genannten Gründen zu. Der Höhe nach hat sich die Verwaltung entsprechend positioniert.

Die Verwaltung stimmt dem RPA ebenfalls zu, dass eine zusätzliche Darstellung des im Jahr 2008 gebuchten Einbehaltes auf dem USK 99999.02299 i. H. v. 254.744,90 € in der Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.2012 unzulässig wäre. Daher erfolgt die Aktivierung des verwahrten Einbehaltes zzgl. der noch im HKR zu erfassenden Differenz zur Vergleichshöhe (2.225.000,00 €). Analog wird mit der voraussichtlich zu zahlenden Mehrwertsteuer umgegangen.

Verbindlichkeiten a. L. L.: **2.225.000,00 €** (254.744,90 € + 1.970.255,10 €)

Verbindlichkeiten ggü. Steuerverwaltung: **422.750,00 €** (48.401,55 € + 374.348,45 €)

4 Ihre Prüferin merkt im Prüfbericht zur Bilanzposition liquide Mittel an, dass die Bankbestände nicht vollständig sind. Sie nimmt die bereits erfolgte Bestätigung mit dem Verweis auf Finanzvorgänge der „Treunehmerin“ WGK zurück.

Diesem Hinweis ist die Verwaltung mit folgendem Ergebnis gefolgt:

In der Eröffnungsbilanz der Stadt Köthen (Anhalt) werden die in der Abrechnung der WGK vom 20.04.2012 ausgewiesenen Beträge per 01.01.2012 aktiviert.

Liquide Mittel	i.H.v. 66.659,11 €
Forderungen	i.H.v. 10.201,58 €
Verbindlichkeiten	i.H.v. 453,51 €

Die Unterlagen zum SV wurden der Bilanzposition unter 3511XX Verb. a. L.L. beigefügt.

f. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Die Angaben zu den USK waren fehlerhaft, außerdem merken Sie an, dass die Restlaufzeiten zu überprüfen sind.

Die Verwaltung hat die Mängel entsprechend Ihres Hinweises behoben. Die Unterlagen wurden korrigiert.

g. sonstige Verbindlichkeiten

Sie führten die antizipative Abgrenzung der Verbindlichkeiten unter dem Punkt e an. Weiterhin bemängeln Sie fehlende Angaben zu den Laufzeiten.

Die Position sonstige Verbindlichkeiten wurde um die zeitlich abzugrenzenden Verbindlichkeiten ergänzt.

Die Restlaufzeiten richten sich nach der im HKR gebuchten Fälligkeit der jeweiligen Verbindlichkeit. Die Übersicht wurde durch die Angabe der Restlaufzeiten entsprechend erweitert.

Da der Jahresabschluss 2011 Aufwendungen nicht darstellen kann, weil dieser nicht doppisch geführt wurde, ist bei diesem Umstellungsdatum die Tatsache unumgänglich, dass das Jahresergebnis 2012 sich um die Aufwendungen verschlechtert, die 2011 zuzuordnen gewesen wären, wenn es bereits ein doppisches Rechnungswesen geben hätte.

Letztlich ist dies jedoch erst mit dem Jahresabschluss 2012 zu klären, da diese Geschäftsvorfälle erst nach dem Bilanzstichtag bekannt geworden sind und der Jahresabschluss für das kameral geführte Jahr 2011 bereits erfolgte.

Es wäre dann im Einzelfall zu prüfen, ob die Voraussetzungen des § 54 KomHVO vorliegen. Im Übrigen werden diese Fälle im Jahresabschluss im außerordentlichen Ergebnis gewürdigt. Verbindlichkeiten aus gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen, die erst nach dem Bilanzstichtag 01.01.2012 bekannt geworden sind (Rechnungseingang), beeinträchtigen nicht die Vollständigkeit der Bilanzposition. Hierfür hat der Gesetzgeber die Möglichkeit der rückwirkenden Berichtigung bzw. die außerordentliche Abgrenzung in der Ergebnisrechnung vorgesehen.

Die an dieser Stelle zu bestätigende Vollständigkeit bezieht sich auf Verbindlichkeiten, die bereits vor dem Bilanzstichtag bekannt geworden sind und deren Aufwand einem Zeitraum vor dem Bilanzstichtag zuzurechnen ist. (unabhängig von der Fristigkeit)

Im Rahmen der Erstellung der EÖB kann es sicher auch dazu kommen, dass Sachverhalte noch nicht berücksichtigt wurden. Für den Fall, dass Ihnen oder der Verwaltung hierzu etwas bekannt wird, wird eine Aufnahme unsererseits geprüft, mit Ihnen im Rahmen einer Stellungnahme abgestimmt und nachgeholt. Zum jetzigen Zeitpunkt geht die Verwaltung von einer Vollständigkeit dieser Position aus. Sollten Sie hierzu weitere Hinweise haben oder über gegenteiliges Wissen verfügen, werden wir dies selbstverständlich nach Angabe prüfen und berücksichtigen.

In der Hoffnung allen hilfreichen Hinweisen und auch offenen Fragen aus dem Prüfbericht nachgekommen zu sein, bittet die Verwaltung, nach erneuter Prüfung Ihrerseits, um Zustimmung zur Bilanzposition Verbindlichkeiten.

Sollten sich weitere Fragen oder Hinweise ergeben, kontaktieren Sie gerne meinen Vorgesetzten Herrn Richter oder mich.

Mit freundlichen Grüßen



Juliane Helmstedt

Sachbearbeiterin Stadtkasse
mit zeitweiliger Aufgabenübertragung
zur Erstellung der EÖB 2012

Anlage 1 verbindliches Muster 20

Anlage 2 Auszug aus dem Anhang zur Bilanz

Anlage 1

Verbindlichkeitenübersicht
nach § 49 (3) GemHVO Doppik
i. V. m.
§ 46 (4) Nr. 4 a) bis g) Gem HVO Doppik

Stand 31.8.18

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag zu Beginn des Haushaltsjahres 01.01.2012	Gesamtbetrag zum Ende des Haushaltsjahres 31.12.2012	davon mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr	mehr als 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
	1	2	3	4	5
1. Anleihen	-	-	-	-	-
2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen gemäß § 41 (4) Satz 2 GemHVO Doppik	32.619.957,90 €	-	1.200.260,69 €	5.160.603,68 €	26.259.093,53 €
3. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	16.000.000,00 €	-	16.000.000,00 €	- €	- €
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	- €	-	- €	- €	- €
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.232.273,34 €	-	2.232.273,34 €	- €	- €
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	155.762,44 €	-	125.435,97 €	30.326,47 €	- €
7. sonstige Verbindlichkeiten	1.044.696,39 €	-	1.044.696,39 €	- €	- €
Summe	52.052.690,07 €	-	20.602.666,39 €	5.190.930,15 €	26.259.093,53 €
Nachrichtlich					
Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre, sofern sie nicht auf der Passivseite der Bilanz auszuweisen sind:					
1. Haftungsverhältnisse	- €	-	-	-	-
1.1. Bürgschaften	- €	-	-	-	-
1.2. Gewährverträge	- €	-	-	-	-
1.3. ähnliche Verträge (hier Leasingverträge)	259.131,78 €	-	134.138,88 €	124.992,90 €	- €
2. sonstige Vorbelastungen	- €	-	-	-	-

Anlage 2

Zusatz zur Bilanz
Anhang zur Bilanz
Stadt 31.8.18

In diesem Zusammenhang wurde der aktuelle Wert des angestrebten Vergleiches (einschließlich einer möglichen Umsatzsteuer) aus dem Gerichtsverfahren zur Tiefgarage Wallstraße mit der Postbank als Rückstellung bilanziert, in dessen Folge die Stadt Köthen (Anhalt) Eigentümerin der Tiefgarage werden will.

3.5.5. Sonstige Verpflichtungen gegenüber Dritten oder auf Grund von Rechtsvorschriften

Dazu gehören Verpflichtungen, die vor dem Bilanzstichtag wirtschaftlich begründet wurden und dem Grunde oder der Höhe nach noch nicht genau bekannt sind, sofern der Betrag wesentlich ist, wie zum Beispiel bei Bürgschaften.

Eine Rückstellung für die Patronatserklärung für die Palm Springs GmbH & Co. KG wäre ein entsprechender Fall. Diese wurde zur Abwendung einer etwaigen Insolvenz, zur Liquiditätssicherung - als Kreditsicherungsmittel, von der Stadt Köthen (Anhalt) abgegeben.

Nach Auffassung des Bundesfinanzhofs ist für solch einen Fall eine Rückstellung jedoch erst zu bilden, wenn die Gefahr einer Inanspruchnahme droht (analog § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB). Das träfe zu, wenn absehbar wäre, dass der momentane Zuschuss der Stadt nicht ausreicht, die Liquidität der Palm Springs GmbH & Co. KG zu sichern. Das ist zum 31.12.2011 nicht der Fall.

Eine Inanspruchnahme der Stadt Köthen (Anhalt) war für das Jahr 2012 nicht zu erwarten, daher erfolgt zu diesem Sachverhalt keine Rückstellungsbildung zum 01.01.2012.

4. Verbindlichkeiten

Die Bilanzposition Verbindlichkeiten beinhaltet nach § 46 Abs. 4 KomHVO alle am Bilanzstichtag dem Grunde, der Höhe und der Fälligkeit nach feststehenden Schulden. Sie stellen Leistungsverpflichtungen der Stadt Köthen (Anhalt) gegenüber Mittel- und Leistungsgebern dar. Verbindlichkeiten sind Anleihen, Rückzahlungsverpflichtungen aus Kreditaufnahmen, erhaltene Anzahlungen von Dritten und Zahlungsverpflichtungen aus Lieferungen und Leistungen. Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

4.2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, ausgenommen der eigenständig auszuweisenden Anleihen, beinhalten sämtliche Geschäftsvorfälle, bei welchen der Stadt Köthen (Anhalt) Geldwerte in der Regel gegen Entgelt in Form von Zinsen überlassen wurden.

Die Kreditverbindlichkeiten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag zum 31.12.2011 angesetzt.

4.3. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung

Die Stadt stellt ihre Zahlungsfähigkeit durch eine angemessene Liquiditätsplanung und die Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung sicher. Zum Stichtag 01.01.2012 betrug die Höhe der Kassenkredite der Stadt Köthen (Anhalt) 16.000.000,00 Euro.

4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

An dieser Stelle sind die zu erbringenden Zahlungen an Dritte erfasst, welche aufgrund von erbrachten Lieferungen und Leistungen, welche vor dem 01.01.2012 verursacht sind, deren Zahlungsfrist auf einen Tag vor dem Bilanzstichtag festgelegt wurde und noch zu leisten sind.

4.6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Transferleistungen im städtischen Bereich sind dadurch gekennzeichnet, dass den Zahlungen keine konkrete Gegenleistung gegenübersteht. Sie werden als Verbindlichkeit bilanziert, wenn die Stadt ihrer rechtlichen Verpflichtung zur Zahlung noch nicht nachgekommen ist. In der Bilanzposition wurde die offene Forderung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Köthen aus dem Jahresabschluss 2011 gegenüber dem Gesellschafter Stadt Köthen (Anhalt) bilanziert. Mit den Zuschusszahlungen der nachfolgenden Jahren an die Gesellschaft, werden diese Verbindlichkeiten abgebaut und der laufende Aufwand der Gesellschaft gedeckt. Die rechtliche Verpflichtung ergibt sich aus dem Gesellschaftervertrag § 5 Verlustabdeckung.

4.7. Sonstige Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten stellen eine Art Auffangposten dar, der alle sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten beinhaltet. Hierzu gehören zum Beispiel Lohnsteuer der Beamtenbesoldung für Januar 2012, Umsatzsteuer, abzuführende Sozialabgaben, Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern, Verbindlichkeiten aus Vermögensverbindlichkeiten, Sicherheitseinbehalte, Erlöse aus Funddachen usw. Zudem werden in dieser Kontengruppe Verbindlichkeiten für bereits in Anspruch genommene Leistungen dargestellt, deren Zahlung jedoch erst im folgendem Haushaltsjahr fällig wird. (antizipative Abgrenzung)

4.8. nicht in der Bilanz auszuweisende Verbindlichkeiten

Leasingverträge sind unter bestimmten Umständen in der Bilanz zu berücksichtigen oder zumindest sind eingegangene Zahlungsverpflichtungen im Anhang der Bilanz auszuweisen. Fraglich ist jedoch in jedem Einzelfall, ob der geleaste Gegenstand als Vermögensgegenstand aktiviert und die Leasingraten als sonstige Verbindlichkeiten passiviert werden. Generell gilt, dass der Gegenstand vom wirtschaftlichen Eigentümer bilanziert wird. Die wirtschaftliche Zurechnung hängt von der Art des Leasings und der Ausgestaltung des Leasingvertrages ab.

Anhand der Merkmale des jeweils vorliegenden Vertrages, ist zu zunächst zu prüfen, ob es sich um ein Operate-Leasing oder um ein Finanzierungsleasing handelt.

Operate-Leasing-Verträge entsprechen rechtlich Mietverträgen, wobei beiden Vertragspartnern während der Grundmietzeit ein Kündigungsrecht zusteht. Das Operate-Leasing zeichnet sich vor allem durch eine kürzere Vertragslaufzeit als bei Finanzierungsleasingverträgen aus und liegt üblicherweise unter 40% der betriebsüblichen Nutzungsdauer. Diese betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer ist von Leasingobjekt zu Leasingobjekt verschieden und richtet sich nach den geltenden AfA-Tabellen. Wird der Vertrag gekündigt, liegt das wirtschaftliche Risiko, das Leasingobjekt weiter zu verwerten, beim Leasinggeber. Der Leasinggeber trägt während der Leasingzeit auch die Kosten für Reparaturen, Wartung, etc. Aufgrund dieser Risikoverteilung wird beim Operate-Leasing das Leasingobjekt dem Leasinggeber zugerechnet.

Für den Leasingnehmer stellen die Leasingkosten einen Aufwand im jeweiligen Haushalt dar. Die Bildung einer Rückstellung oder auch die Passivierung der sonstigen Verbindlichkeit würde in diesem Fall einen Verstoß der periodengerechten Zuordnung des Aufwandes aus § 9 Abs. 2 Satz 2 KomHVO LSA darstellen, der damit zwangsläufig verbunden ist.

Das Finanzierungsleasing zeichnet sich unter anderem darin aus, dass für die Vertragsparteien während der Grundmietzeit kein Kündigungsrecht eingeräumt wurde. In der Regel wird mit dem Leasingnehmer per Vertrag eine Verlängerungs- oder Kaufoption eingeräumt.

Liegt ein Finanzierungsleasing ohne vereinbartes Optionsrecht vor, so wird der Vermögensgegenstand und die aus dem Vertrag entstandenen sonstigen Verbindlichkeiten nur dann beim Leasingnehmer bilanziert, wenn die Grundmietzeit unter 40 % oder über 90 % der regulären Nutzungsdauer des geleasteten Gegenstandes liegt.

Ein vertraglich eingeräumtes Optionsrecht zur Verlängerung der Grundmietzeit oder zur Übernahme des geleasteten Gegenstandes nach Ablauf des Vertrages, verlangt noch weitere Kriterien bei der Frage ob die Bilanzierung beim Leasinggeber oder Leasingnehmer erfolgt.

An dieser Stelle ist deshalb außerdem zu prüfen, ob es sich bei dem vorliegenden Vertrag um ein Vollamortisationsleasing oder um ein Teilamortisationsleasing handelt.

Für das Vollamortisationsleasing müssen zwei Kriterien erfüllt sein. Der Leasingvertrag muss über eine bestimmte Zeit abgeschlossen sein und kann während dieser Zeit bei ordnungsgemäßer Vertragserfüllung von beiden Vertragsparteien nicht gekündigt werden. Außerdem müssen die Leasingraten während der Grundmietzeit mindestens die Anschaffungs-/Herstellungskosten einschließlich der Finanzierungskosten des Leasinggebers decken.

Die Bilanzierung des geleasteten Objektes beim Leasingnehmer knüpft nun noch an eine weitere Bedingung. Wie beim Finanzierungsleasing ohne Optionsrecht, muss die Grundmietzeit unter 40 % oder über 90 % der regulären Nutzungsdauer des geleasteten Gegenstandes betragen.

Ein Teilamortisationsleasing liegt dann vor, wenn die Leasingraten während der Grundmietzeit nur einen Teil der Anschaffungs-/Herstellungskosten des Leasinggebers für das Leasingobjekt decken. Das kann z. B. regelmäßig dann der Fall sein, wenn ein gebrauchter Gegenstand geleast wird. Die Leasingraten werden dabei nur auf Grundlage der Differenz zwischen den Anschaffungs-/Herstellungskosten und einem Restbuchwert des Leasingobjekts errechnet.

Typisch für Teilamortisationsleasing ist, dass das Leasingobjekt am Ende der Grundmietzeit an den Leasingnehmer oder einen Dritten verkauft wird, sodass der Leasinggeber seine Anschaffungs-/Herstellungskosten voll decken kann.

Die Verteilung einer Wertsteigerung(-minderung) ist Hauptkriterium für die Zurechnung des Leasingobjekts, dabei ist es demjenigen anzurechnen, der von der Wertsteigerung(-minderung) profitieren soll.

Die Bilanzierung eines Teilamortisationsleasings erfolgt immer beim Leasinggeber, wenn von vornherein klar ist, dass von dem Optionsrecht kein Gebrauch gemacht wird.

Im Falle einer Ausübung des Optionsrechts erfolgt die Bilanzierung des geleasten Gegenstands bei dem Leasingnehmer nur wenn der Kaufpreis unter dem Buchwert liegt, unabhängig von der Betrachtung der Grundmietzeit.

Deckt der Kaufpreis mindestens die AHK des Leasinggebers, so erfolgt die Bilanzierung des geleasten Gegenstands nur dann beim Leasingnehmer, wenn die Grundmietzeit unter 40 % oder über 90 % der regulären Nutzungsdauer liegt.

An Stelle des Kaufpreises tritt die Höhe der Anschlussmiete, in dem Fall, dass das Optionsrecht nicht der spätere Kauf sondern das verlängerte Leasing beinhaltet.

Zusammenfassung:

1. Operate Leasing:

RF: keine Bilanzierung beim Leasingnehmer

2. Finanzierungsleasing ohne Optionsrecht

RF aus zwei Alternativen: Grundmietzeit liegt

a) zw. 40% bis 90 % der Nutzungsdauer - keine Bilanzierung beim Leasingnehmer

b) < 40 % oder > 90 % der Nutzungsdauer - Bilanzierung beim Leasingnehmer

3. Finanzierungsleasing mit Optionsrecht mit Vollamortisationscharakter

RF aus zwei Alternativen

a) AHK zzgl. Nebenkosten des Leasings liegen mindestens in der Höhe der gesamten vereinbarten Leasingraten und die Grundmietzeit liegt zw. 40% bis 90 % der Nutzungsdauer - keine Bilanzierung beim Leasingnehmer

- b) AHK zzgl. Nebenkosten des Leasings liegen mindestens in der Höhe der gesamten vereinbarten Leasingraten und die Grundmietzeit liegt $< 40 \%$ oder $> 90 \%$ der Nutzungsdauer - Bilanzierung beim Leasingnehmer
- 4. Finanzierungsleasing mit Optionsrecht mit Teilamortisierungscharakter
RF aus drei Alternativen
 - a) Leasingraten decken nicht die AHK zzgl. Nebenkosten und es ist von vornherein klar, dass von dem Optionsrecht kein Gebrauch gemacht wird - keine Bilanzierung beim Leasingnehmer
 - b) Vom Optionsrecht wird Gebrauch gemacht, die AHK werden durch den Kaufpreis mindestens gedeckt und die Grundmietzeit liegt zw. 40% bis 90% der Nutzungsdauer - keine Bilanzierung beim Leasingnehmer
 - c) Vom Optionsrecht wird Gebrauch gemacht, die AHK werden durch den Kaufpreis mindestens gedeckt und die Grundmietzeit liegt $< 40 \%$ oder $> 90 \%$ der Nutzungsdauer - Bilanzierung beim Leasingnehmer

Buchung der jeweiligen Rechtsfolge:

1. Alternative: Der Leasinggegenstand ist beim Leasinggeber zu bilanzieren. Beim Leasingnehmer ist das eingegangene Vertragsverhältnis jährlich wie folgt darzustellen:

5232 Aufwand für Leasing
an 3511 Verbindlichkeiten aus LL

3511 Verbindlichkeiten aus LL
an 7232 Auszahlung für Leasing

Die vertraglich eingegangene Zahlungsverpflichtung ist gem. § 47 KomHVO LSA i.V.m. Punkt 2.3 Abs. 1 S. 3 der BewertRL LSA im Anhang der Bilanz auszuweisen.

2. Alternative: Der Leasinggegenstand ist beim Leasingnehmer zu bilanzieren.

0711 Fahrzeuge
an 3431 Finanzierungsleasing

3431 Finanzierungsleasings

an 7831 Auszahlung für den Erwerb von beweglichen VMG >1.000 €

5517 Zinsaufwendungen an Kreditinstitute

an 3511 Verbindlichkeiten aus LL

3511 Verbindlichkeiten aus LL

an 7517 Zinsauszahlungen an Kreditinstitute

Die Stadt Köthen hat keine für sie aktivierungspflichtige Leasingverträge abgeschlossen.

Alle aus den abgeschlossenen Leasingverträgen resultierenden Zahlungsverpflichtungen sind gem. § 47 Ziff. 8 KomHVO LSA im Anhang der Bilanz auszuweisen. Aus diesem Grund wurde der Anhang der Bilanz zu diesem Thema erweitert. (Muster 20)

5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

- PRAP aus Überzahlungen auf Personenkonten

Die Überzahlungen auf Personenkonten, also negative Kasseneinnahmereste, werden in der HKR-Software AB-Data im Bereich der passiven Rechnungsabgrenzungsposten dargestellt. Das begründet sich auf die nachfolgenden Sachverhalte:

- Soll-Abgänge (Aufhebung von zum Beispiel Grundsteuern) ;
- keine gültigen Bankverbindungen vorliegend;
- Zahlungen, die schon für das Folgejahr geleistet wurden.

Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit wurden die Beträge den passiven Rechnungsabgrenzungsposten zugeordnet. Eine Umbuchung ist nicht möglich, daher hat die entsprechende Zuordnung zu den „Sonstigen Verbindlichkeiten“ im Laufe des Folgejahres (2012) gem. § 46 Abs. 4 Nr. 4 Buchstabe g) KomHVO zu erfolgen.

- PRAP aus Grabnutzungsgebühren

Im Rahmen der **doppischen Haushaltsführung** (ab dem Haushaltsjahr 2012) ist entsprechend § 42 Abs. 2 KomHVO die Bildung von PRAP zu berücksichtigen und alle vor dem Eröffnungsbilanzstichtag (01.01.2012) erzielten Einnahmen (hier Erträge aus Grabnutzungsgebühren und Gebühren für die Verlängerung von Nutzungsrechten) zu neutralisieren (periodengerecht abzugrenzen), wenn sie Erträge für einen bestimmte Zeit (entsprechend der Laufzeit der erworbenen Nutzungsrechte) nach dem Eröffnungsbilanzstichtag, darstellen. Ebenso sind die ggf. in Vorjahren neutralisierten Erträge

an Amt 10

Eröffnungsbilanz per 01.01.2012

hier: Prüfung

Sehr geehrter Herr Richter,

zur Bilanzposition „Verbindlichkeiten“ folgende Anmerkungen zur Prüffähigkeit:

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen:

Zur Excel-Tabelle mit der Übersicht über 30 Investitionskredite wurden als Prüfunterlagen lediglich die Kreditverträge vorgelegt.

Zur Prüfung wird ein Nachweis der Restschuld der Kredite erwartet (erzeugbar mit dem Programm „M-Zins – Darlehensverwaltung“).

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit:

Als begründende Unterlagen fehlen hier die Kreditverträge (Kopien).

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen:

Als begründende Unterlagen dienen hier die Übersichten aus der Jahresrechnung per 31.12.2011

„Kassenausgabereste VWH 2011“ und „Kassenausgabereste VMH 2011“.

Diese sollten um die Drucklisten der Zusammenfassung der „Ausgaben des VWH 2011“ und der Zusammenfassung der „Ausgaben des VMH 2011“ aus der Jahresrechnung 2011 ergänzt werden (Kassenausgabereste sind als Summe je Einzelplan vergleichbar).

Die Druckliste „Differenzensachbuch aus 2011“ erscheint unzweckmäßig, da die Abweichungen zwischen Plan und Ist sowohl einnahme- als auch ausgabeseitig nachgewiesen werden.

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen:

Keine Angaben.

Sonstige Verbindlichkeiten

Hier werden einerseits Verbindlichkeiten entsprechend einer am 06.09.2012 bereits unter Doppik erzeugten Druckliste mit den Seiten 168-189 aufgeführt.

Andrerseits wird die Lohnsteuer der bereits Ende Dezember 2011 gezahlten Beamtengehälter des Monats Januar 2012 aufgeführt.

Anmerkung zur Verbindlichkeit für die Lohnsteuer der Beamten:

Die in der Excel-Tabelle aufgeführten Einzelnachweise sind nicht erforderlich, da lediglich die Gesamtsumme nachzuweisen ist. Von der Personalabteilung wurden dem RPA aus dem Lohnprogramm das „Gesamtjournal – Beamte für den Januar 2012“ (2 A4-Seiten) bereits im Jahr 2013 zur Verfügung gestellt. Im gleichen Jahr wurden diese vom RPA an das Teilprojekt 3 zurückgegeben mit dem Hinweis, dieses Journal als Nachweis zu verwenden.

Anmerkung zur Bilanzposition „Aktive Rechnungsabgrenzungsposten“:

Hier reicht als Nachweis ebenso die aus dem Lohnprogramm erzeugte Druckliste „Gesamtjournal – Beamte für den Januar 2012“ aus. Die manuell erzeugte Excel-Tabelle unter Verwendung der Aufzählung der Dienstbezeichnung und des Amtes ist überflüssig.

Im Übrigen wurde die in der am 22.10.2015 durchgeführten gemeinsamen Abstimmung vom RPA geforderte Aufnahme des im Jahr 2011 entstandenen Anspruchs der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Köthen mbH auf Verlustausgleich durch die Stadt Köthen (Anhalt) in Höhe von 102.862,76 € als Verbindlichkeit bisher nicht berücksichtigt (ersichtlich aus dem Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2011).

Fehlende Angaben, die zur Unvollständigkeit der Bilanzposition „Verbindlichkeiten“ führen:

Der kassenmäßige Abschluss 2011 weist einen Verwahrgeldbestand in Höhe von 17.408.949,49 € aus. In dieser Summe sind die Kassenkredite per 31.12.2011 in Höhe von 16.000.000 € enthalten.

Nach Subtraktion der Kassenkredite bleibt ein Bestand von 1.408.949,49 €. Die aufgeführten sonstigen Verbindlichkeiten einschließlich der Lohnsteuer der Beamtengehälter werden mit 460.610,74 € angegeben.

Die Nichtberücksichtigung der verbleibenden Differenz von 948.338,75 € ist erläuterungsbedürftig.

Zur abschließenden Prüfung der Position „Verbindlichkeiten“ wird hiermit um Vervollständigung der Unterlagen bis zum **30.11.2015** gebeten.

Sollten Sie noch Fragen haben, können Sie sich gern an mich wenden.

Mit freundlichem Gruß



Ingrid Leipold

Amtsleiterin